Klassenanalyse: eine Aktualisierung (Teil I): Seite 5

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Winter 2021
Nr. 214, 50. Jahrgang
Nürnberg
3,– €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Welche Bedeutung hat die Bundestagswahl für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik?

Man darf in dieser Berliner Republik über so manches unterschiedlicher Auffassung sein, deshalb gibt es ja auch unterschiedliche Parteien, die mehr oder weniger unterschiedliche Interessen bedienen. Bezüglich der Außen-und Sicherheitspolitik gilt das aber nicht, wenn Parteien sich an einer Bundesregierung beteiligen wollen. Sie müssen im Vorfeld ein Bekenntnis zur NATO, also zu dem militärischen Bündnis abgeben, das vom kalten Krieg übrig geblieben ist. Gelegentlich ist auch von der Zustimmung zur westlichen Wertegemeinschaft die Rede. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine Regierungsbeteiligung möglich. Noch in der *Spiegel*- Ausgabe vom 18. September, also kurz vor der Wahl, wurde eine umfragebasierte sog. rot-grün-rote Koalition für denkbar gehalten. Es hieß da: *„Zuletzt ergab sich in mehreren Umfragen eine Mehrheit für eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken, wobei sich Sozialdemokraten und Grüne von dieser Option distanzierten, sie aber auch nicht explizit ausschließen. Als heikelster Knackpunkt für eine Koalition gilt die Außen-und Sicherheitspolitik."* Dabei war die Linke die einzige Partei, die im Bundestag von Anfang an gegen die Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan stimmte und mit ihrer Einschätzung richtig lag. Das Afghanistan-Desaster spielte aber im Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Wie war das möglich? Lag es nicht für alle sichtbar auf der Hand, dass die Bundeswehr in einen Krieg geschickt worden war, der nicht zu gewinnen war? Tatsächlich gelang es Medien und bürgerlichem Politikbetrieb das Thema zu drehen, indem sie ein neues Fass aufmachten. Jetzt sollten sich nicht mehr die Befürworter der Afghanistaneinsätze der Bundeswehr für ihre Fehleinschätzungen rechtfertigen müssen. Da sich die Abgeordneten der Linken mehrheitlich bei der Abstimmung über das Mandat zur Rückholung der sog. Ortskräfte aus nachvollziehbaren Gründen enthalten hatten, wurden ihnen moralische Defizite unterstellt. Kann man mit solchen Leuten eine Regierung bilden, die „unsere afghanischen Hiwis" im Stich lassen wollten? Nun ja, die Wahl ist vorbei. Das desaströse Wahlergebnis der Linkspartei hat die Debatte um ein mögliches Mitte-Links-Bündnis beendet. Olaf Scholz von der SPD ergriff die Gelegenheit, das Erbe von Angela Merkel anzutreten und zusammen mit den Grünen und der FDP eine Koalition der Mitte ins Auge zu fassen. Bei den Sondierungsgesprächen war der Bereich Sicherheits-und Außenpolitik kein Knackpunkt. Wurde überhaupt darüber gesprochen?

Unterschiede nur in Nuancen

Beate Landefeld schrieb in den *Marxistische Blätter* (4/21) noch vor der Wahl: *„Unterschiede in den Inhalten sind nur in Nuancen erkennbar. In der Außenpolitik sind CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD für die Stärkung der NATO, d.h. für weitere Aufrüstung inklusive Großprojekte wie das FCAS (auf deutsch: Zukünftiges Luftkampfsystem). CDU/CSU und FDP pochen auf formelles Einhalten des Zwei-Prozent-Ziels der NATO. Die Grünen wollen vom Bedarf der Bundeswehr ausgehen. Die SPD will*

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Bundestagswahl und Außen- und Sicherheitspolitik	1
Klassenanalyse: eine Aktualisierung (Teil I)	5
Unsere Jahreskonferenz 2021	12
Gruppe Arbeiterstimme: Rückblick auf 50 Jahre	13
Die Linke – ein Absturz mit Ansage	16
Stärkste Kraft im Osten: AfD	19
Brief aus Großbritannien	22
Kuba im Juli 2021 – Frust oder Konterrevolution?	24
Rezension: Die Rente	27
Leserbrief zu GDL und Bahnstreik	28

In eigener Sache

Der Redaktionsschluss dieser Nummer lag schon vor dem Ende der Koalitionsverhandlungen in Berlin und der Bildung der neuen Regierung unter Kanzler Olaf Scholz. Wir können deshalb darüber nicht berichten. Jedenfalls, der versprochene „große Aufbruch“ wird es nicht.

Wir meinen, dass wir zuerst die Ausgangslage des neuen Experiments einer „Ampelkoalition“, des Zusammengehens unterschiedlicher politischer Kräfte, näher beleuchten müssen. Dazu gehören in erster Linie das Ergebnis der Bundestagswahl mit der krisenhaften Niederlage der Union und der auch für uns schmerzhafte Absturz der Partei Die Linke. Wir berichten darüber. Die Besonderheit dieser Wahl lag darin, dass sie unter gewaltigem Druck weltweiter Bedrohungen stattfand: der drohenden Klimakatastrophe und der nicht enden wollenden Pandemie. Beides spaltet die Bevölkerung, ist doch die Art ihrer Bekämpfung durch die politisch Herrschenden umstritten. Verschlimmert sich die Seuchenheimsuchung noch weiter durch Mutationen, werden Maßnahmen notwendig werden, die die Lebensbedingungen der Menschen und das Wirtschaftsleben tief einschränken. Das trifft die Bevölkerung dann ungleich, die Spaltung wird noch tiefer. Willkür und Ungerechtigkeit haben immer auch politische Folgen. Es könnte auch eine Deklassierung des unteren Mittelstands eintreten. So steht die neue Bundesregierung von Anfang an im Schatten eines Notstands und unter den Zwängen einer langandauernden Finanznotlage.

Nun zum Inhalt dieser Nummer und unserer Jahreskonferenz, über die wir kurz berichten. Vorab bringen wir das 50jährige Bestehen unserer Gruppe und Zeitschrift „Arbeiterstimme“ in Erinnerung. Unser Nürnberger Altgenosse, der bei der Gründung mitgewirkt hat, Verfasser vieler Artikel war und ist, hat den Aufstieg der Gruppe in einer für die Linke schwierigen Zeit geschildert, die Spaltungen über politische Kernfragen und die neue Konsolidierung.

Wir haben uns in der vorliegenden Nummer verschiedener Themen angenommen. Ein Bericht aus Sachsen gibt einen Einblick in eine dort besonders bedrohliche Situation, medizinisch und politisch. Eine andere brandgefährliche Entwicklung ist die sich zuspitzende Weltlage durch die Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik des Westens, vor allem gegen China und Rußland. Bei der Bundestagswahl in Deutschland hat diese Kriegsgefahr keine Rolle gespielt. Die Außenpolitik kam gar nicht vor, weder von oben noch von unten – eine Ignoranz, die eigentlich ohnegleichen ist. Mit einem ausführlichen weltpolitischen Artikel wollen wir zur Klarstellung und zur notwendigen Aufmerksamkeit beitragen.

Über den Roll-Back in der Labour Party und die Korruption bei den Tories berichtet unser englischer Genosse. Einen großen Teil der Nummer nimmt die Weiterführung unserer Diskussion zur Klassenfrage ein. Ein Genosse hatte sich dieses Themas angenommen. Unter Einschluss der Diskussion auf unserem Sommerseminar in München und auf der Jahreskonferenz ist daraus der vorliegende Artikel entstanden. Ein zweiter Teil ist in Planung.

Ein Nachdruck aus der Zeitschrift ***CUBA LIBRE*** beschreibt die zugespitzte Lage in Kuba.

Wir bedanken uns bei den ABO-Zahler:innen und Spender:innen.
Wir bitten weiter um eure Unterstützung!

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,– € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,– €. aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Ausgaben für Entwicklungshilfe mitrechnen und parallel über Abrüstung verhandeln. CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD wollen die EU als Vehikel deutscher Weltpolitik handlungsfähiger machen. Sie soll auf Augenhöhe mit den USA agieren. Russland und China sind zu Feindbildern erklärt. Imperialistische Aggression, Einmischung, Wirtschaftssanktionen im Namen ‚westlicher Werte' sind Teil der Weltmachtausstattung der EU. Die Grünen tun sich als ‚Werteimperialisten' besonders hervor. Als einzige lehnen sie zudem Nordstream 2 ab." Aber letzteres sollte man nicht zu ernst nehmen. Daran wird die Truppe von Baerbock, Habeck und Co. die Koalitionsverhandlungen nicht scheitern lassen. Die hier genannten fünf Parteien dokumentierten ihre außenpolitischen Übereinstimmungen im jeweiligen Wahlprogramm und in den öffentlichen Auftritten ihres Führungspersonals. Bei einer SPD geführten Regierung, in der Olaf Scholz als Kanzler die Richtlinienkompetenz hat, ist davon auszugehen, dass in Fragen von Außen-und Sicherheitspolitik nur marginale Unterschiede – wenn überhaupt – zu christsozialen Vorstellungen bestehen. Die *Neue Züricher Zeitung* (NZZ), eines der rechtskonservativen deutschsprachigen Leitmedien, beauftragte kurz nach der Wahl Martin Klingst, die außenpolitische Agenda von Olaf Scholz zu thematisieren. Martin Klingst ist Senior Expert & Nonresident Author bei der Atlantik-Brücke, einer 1952 gegründeten Vereinigung von rund 500 Mitgliedern, die aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien von beiden Seiten des Atlantiks berufen werden. *„Wie Merkel will auch Scholz die deutschen Verteidigungsausgaben weiter steigern, allerdings, wie er weich formuliert: stets im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten im Bundeshaushalt – und nicht starr ausgerichtet an dem einst in der Nato vereinbarten Zwei-Prozent-Ziel. Und anders als die Linken in seiner Partei ist er auch für die Anschaffung bewaffneter Drohnen. In der FDP und bei den Realos unter den Grünen bekäme er dafür Unterstützung."* Die Kolumne war überschrieben mit *„Kontinuität mit Akzenten – Scholz' außenpolitische Agenda"*. Was übrigens die Beschaffung bewaffneter Drohnen betrifft, ist die SPD in einem kreativen Selbstfindungsprozess, der – und das dürfte niemand überraschen – demnächst mit einem positiven Votum abgeschlossen sein wird. Es dauert halt bei der SPD wegen einiger Bedenkenträger etwas länger. Bei CDU und CSU ging es schneller, aber die haben gerade ganz andere Probleme.

Bundeswehr der Zukunft

Wenn demnächst die neue Regierung antritt, wird die Verteidigungsministerin oder der Verteidigungsminister eine strategische Neuausrichtung der Bundeswehr vorfinden. Bereits am 18.Mai 2021 legten Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und der Generalinspekteur der Bundeswehr, der Heeresgeneral Eberhard Zorn, der kürzlich den großen Zapfenstreich abnahm, *„Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft"* vor. Den Eckpunkten ist zu entnehmen, dass die Bundeswehr die Führung im Bereich der Bündnisverteidigung in Europa übernehmen soll. *„Würde im Falle eines Wechsels die neue Spitze des Ministeriums zentrale Strukturveränderungen oder Vorschläge grundlegend zurückweisen, würden sich relevante Teile der Truppe schnell gegen den/die neue Minister*in stellen"*, schreibt Martin Kirsch in *Bundeswehr der Zukunft*. Ausgangspunkt für die neue Strategie ist eine Einschätzung, die von folgenden Annahmen ausgeht: Man habe es mit einer *„massive*(n) *russische*(n) *Aufrüstung" und einer „zunehmend aggressiv ausgreifende*(n) *Machtpolitik Chinas"* zu tun. Das hat zwar nur bedingt etwas mit der Realität zu tun, aber ohne ein Feindbild kann man ständig steigende Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt gegenüber der eigenen Bevölkerung nur schwer erklären. Wer das Eckpunktepapier genau liest, stößt auf folgende Aussage: *„Konflikte werden künftig über alle Dimensionen (…) hinweg geführt und entschieden, mit einem schnellen Wechsel des Schwerpunktes und dabei häufig mit hybriden Maßnahmen an der Schnittstelle Frieden-Krise-Krieg gezielt überlagert und verschleiert."* Ein Satz, den man auf Anhieb nicht verstehen muss. Martin Kirsch interpretiert ihn so: *„Friedenszeiten sind in dieser Denke quasi ausgeschlossen, weil es permanent vonnöten sei, die feindlichen Systeme auszuspähen und zu testen. Sei es durch verdeckte Cyberangriffe, durch Überflüge von Kampf-und Aufklärungsflugzeugen entlang der gegnerischen Linien oder das Kreuzen von Schiffen durch Seegebiete, die vom Gegner als eigenes Territorium angesehen werden."* Das erinnert doch sehr an Provokationen entlang der chinesischen Grenze, vor allem in der Taiwanstraße. Zu ergänzen wären noch Großmanöver, die gefährlich nah an der russischen Grenze abgehalten werden. Man könnte es auch so auf den Punkt bringen: Die starre Trennung von Friedens-und Kriegszeiten wird aufgehoben. Die neue Realität ist der *„lauwarme Krieg"* wie es Brigadegeneral Frank Leidenberger schon 2018 formulierte. Ein Zustand der sich nicht mehr von einem heißen Krieg abgrenzen lässt. So ist es auch nur folgerichtig, wenn ein Nationaler Sicherheitsrat gefordert wird, eine Art Kriegskabinett. Es muss ja alles sehr schnell gehen, da wäre das Parlament nur hinderlich. Wen kümmert da noch das Gerede von der sog. Parlamentsarmee? Diese Entwicklungen gehen an der Öffentlichkeit komplett vorbei. Sie spielten im Wahlkampf keine Rolle. Und keine der Parteien, die an den Koalitionsverhandlungen beteiligt sind, werden an der vorgegebenen sicherheitspolitischen Konzeption etwas ändern wollen oder können. Man mag von Olaf Scholz halten, was man will, aber in sicherheitspolitischen Fragen hat er frühzeitig im Bundestag klare Kante gezeigt: *„Und für mich bedeutet das auch, dass wir alles dafür tun müssen, dass wir unsere Verteidigungsanstrengungen auch gut gewährleisten können. Deshalb bin ich froh, dass in dieser Legislaturperiode die schlechte Zeit für die Bundeswehr, die begonnen hat bei der schwarz-gelben Koalition – es tut mir leid das sagen zu müssen – endlich zu Ende gegangen ist. Dass der Bundeswehrhaushalt die größte Steigerung in den letzten Jahren gekriegt hat. Das war richtig so und diesen Weg werden wir weiter beschreiten."* Und Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin der Grünen und künftige Ministerin im Kabinett Scholz, machte rechtzeitig den Kotau, indem sie eingestand: *„Wir müssen uns da ehrlich machen. Ja, in manchen Bereichen muss man mehr investieren, damit Gewehre schießen und Nachtsichtgeräte funktionieren."* Eine bemerkenswerte Aussage der Frontfrau einer Partei, die einmal einen pazifistischen Anspruch hatte. Mit Äußerungen dieser Art wird man

schnell mal z.B. Verteidigungsministerin. Damit bezogen sich Scholz und Baerbock sicher auch positiv auf die großen Projekte der militärischen Aufrüstung, die in Planung sind, wie etwa FCAS.

FCAS, das strategische Projekt einer europäischen Luftwaffe

FCAS ist die Abkürzung für Future Combat Air System, was auf deutsch soviel heißt wie Zukünftiges Luftkampfsystem. Es handelt sich um ein integriertes System, das Mehrzweckkampfflugzeuge der neuen, nunmehr sechsten Generation, Drohnen, Satelliten, Kommando- und Kontrollflugzeuge aufeinander abstimmt. Entwickelt wird das System vor allem von französischen und deutschen Rüstungskonzernen. Weitere europäische Staaten wie Spanien und Belgien sind eher am Rande beteiligt. Das System steht in Konkurrenz zur US-Rüstungsindustrie und soll 2040 einsatzfähig sein. Luftwaffeninspekteur Ingo Gerhartz bezeichnete das Projekt als *„das größte europäische Rüstungsprojekt überhaupt"* und es sei für ihn *„ein Ausdruck der europäischen Souveränität"*. Es gilt auch als wichtiger Schritt zur Automatisierung des Krieges mittels Künstlicher Intelligenz. Es wird niemand überraschen, dass ein derart langfristiges und groß dimensioniertes Unterfangen den Verteidigungshaushalt sprengen würde. Von dreistelligem Milliarden Bereich soll die Rede sein. Reinhard Brandl, CSU-MdB aus Ingolstadt und Mitglied im Verteidigungs-und Haushaltsausschuss, wünscht sich, und da dürfte er bei Olaf Scholz offene Türen einrennen: *„Für mich wär's wichtig, dieses Projekt aus der reinen Finanzierungsverantwortung der Bundeswehr herauszunehmen und die ganzen Forschungs- und Entwicklungsaufgaben über einen anderen Topf zu finanzieren."* Das wird nicht schwierig, war es doch schon immer gängige Praxis, Teile von Rüstungsprojekten unter anderen Haushaltstiteln zu verstecken. Nicht zufällig erhielt die Fraktion Die Linke unlängst auf eine parlamentarische Anfrage zu Rüstungsbeschaffungen in der 19. Legislaturperiode keine zahlenbasierte Antwort. Eigentlich wäre jetzt nach dem Fiasko des Afghanistankrieges, der lange Zeit kein Krieg sein sollte, ein gründliches Nachdenken angebracht. Es wäre auch eine gute Gelegenheit zum Umdenken. Aber das wird nicht passieren. Der französische Sozialist Jean Jaurès hat es zeitlos so formuliert: *„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen."* Krieg um Rohstoffe und Ressourcen, Krieg um Marktöffnung und Privatisierung und Krieg als Wirtschaftszweig. Darum geht es. Dafür halten sich imperialistische Staaten bewaffnete Truppen und sorgen dafür, dass sie auf dem neuesten Stand der Militärtechnik sind. Mit Abrüstung – wenn auch nur in moderater Form – sind die Kriege nicht zu führen, schon deshalb wäre eine Beteiligung der Linkspartei an einer Bundesregierung nicht möglich gewesen. Darüber vor der Wahl Illusionen zu verbreiten, konnte nicht zielführend sein, sofern man das eigene Programm ernst nimmt. Im Wahlprogramm der Linkspartei hieß es: *„Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation, statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr."* Dieser Paradigmenwechsel, so sehr man ihn sich wünschen würde, ist mit SPD, Grünen und FDP auf absehbare Zeit nicht möglich. Der Eintrittspreis in eine Regierung ist, wie bereits erwähnt, ein Ja zur NATO mit allen Implikationen. Das wurde bei den Wahldiskussionen zu sicherheitspolitischen und außenpolitischen Themen unisono betont. Es wurde und wird auch von den relevanten Medien im Land eingefordert. In Punkt 10 des Sondierungspapiers der drei Parteien, überschrieben mit *„Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt"*, heißt es: *„Das transatlantische Bündnis ist … zentraler Pfeiler und die NATO unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit."* Es ist wieder, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, die Rede von Systemkonkurrenz. Der Systemwettbewerb soll geführt werden mit *„autoritären Staaten und Diktaturen"*. Dass damit in erster Linie China und Russland gemeint sind, muss im Papier nicht extra erwähnt werden. Der Afghanistan-Einsatz soll mit *„wissenschaftlicher Expertise"* evaluiert werden. Zu welchem Zweck? *„Die gewonnenen Erkenntnisse müssen praxisnah und zukunftsgerichtet aufbereitet werden, so dass sie in die Gestaltung zukünftiger deutscher Auslandseinsätze einfließen."* Will man doch bei den nächsten Kriegseinsätzen erfolgreicher sein. Auf vieles im Sondierungspapier wäre noch hinzuweisen, aber es wird ja absehbar durch eine konkretere Koalitionsvereinbarung abgelöst.

Trübe Aussichten

Die nächste Regierung übernimmt eine Reihe ungelöster Konflikte. Auch wenn der Bundeswehreinsatz in Mali in den Medien kaum noch thematisiert wird, ist das Scheitern nicht mehr zu bestreiten. Dazu kommen divergierende Interessen in der EU. Osteuropäische Staaten wie Polen und Ungarn definieren ihre Interessen zunehmend anders, als das der EU-Zentrale lieb ist. Das Prinzip der Einstimmigkeit bei Beschlüssen erschwert die Handlungsfähigkeit zusätzlich. Das Verhältnis zu Großbritannien ist nach dem Brexit immer noch nicht gänzlich geklärt. In der EU haben NATO-Mitglieder und neutrale EU-Staaten (Finnland, Irland, Malta, Österreich, Schweden und Zypern) grundsätzliche strategische Differenzen. Josef Biden, mag im Umgang angenehmer sein als sein Vorgänger. Er ist aber mit Sicherheit ein knallharter Vertreter von US-Interessen, was sich im Zusammenhang mit dem Ausstieg Australiens aus dem französischen U-Boot-Geschäft zeigte. Olaf Scholz wird als nächster Kanzler wie seine Vorgängerin viel damit beschäftigt sein, vorhandene Konflikte zu moderieren. Was das Verhältnis zu China betrifft, wird er zwischen den Interessen deutscher Konzerne und denen der NATO-Scharfmacher (evtl. auch in der eigenen Regierung) lavieren müssen. Die Gemengelage ist derart kompliziert, dass für große Visionen wenig Raum bleibt. Vor kurzem kam noch erschwerend hinzu, dass Russland seine Kontakte zur NATO abbrach, nachdem diese mehreren russischen Diplomaten ihre Akkreditierungen entzogen hatten. Der Vorwurf, sie hätten für den Geheimdienst ihres Landes gearbeitet, ist lächerlich. Natürlich haben sie das, genauso wie es die Diplomaten der NATO getan haben, die in Moskau akkreditiert waren. Es stehen uns frostige Zeiten bevor.

hd, Stand: 22.11.21

Klassenanalyse: eine Aktualisierung (Teil I)

Schon der Titel soll es klarstellen. Es geht hier nicht um die Entdeckung von angeblich neuen Klassen oder um eine wie auch immer geartete „neue Klassenpolitik". Ziel ist es, nur die mittel- und längerfristigen Veränderungen in Bezug auf die Klassenstrukturen der kapitalistischen Gesellschaften zu registrieren, zu analysieren und die politischen Folgerungen zu diskutieren, die daraus abzuleiten sind.

Veränderungen bei der Klassenzusammensetzung sind meistens eher langsame Entwicklungen. Für ihre Analyse ist deshalb ein etwas größerer zeitlicher Rahmen sinnvoll. Der hier betrachtete Zeitabschnitt beginnt mit der Nachkriegszeit. Es geht also um eine Zeitspanne, die ältere Personen noch selbst erlebt haben. Die Untersuchung bezieht sich hauptsächlich auf die Verhältnisse in Deutschland, aber nur im Sinne eines naheliegenden Beispiels. Denn der Blick auf andere Länder zeigt, dort finden ganz ähnliche Entwicklungen statt. Letztlich geht es um die Einschätzung der Lage in den entwickelten kapitalistischen Ländern und nicht um eine spezielle deutsche Situation.

Die Zugehörigkeit der Menschen zu einer Klasse richtet sich nach ihrer Stellung im Prozess der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Anders ausgedrückt, grundlegend ist für die Zuordnung die Art und Weise, wie eine Person ihren Lebensunterhalt verdient.

Klassenanalyse ist nicht einfach eine Beschreibung von empirisch feststellbaren gesellschaftlichen Gruppen. Zumindest in ihrer marxistischen Variante erhebt sie den Anspruch, mit der Unterscheidung der Klassen auch eine Aussage über die grundlegenden Bewegungsgesetze einer Gesellschaft zu treffen. Sie ist immer auch eine Aussage über Klassenverhältnisse und damit auch über Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse. Zumindest implizit enthält Klassenanalyse auch eine Aussage darüber, wer wen ausbeutet, wer herrscht und wer beherrscht wird und damit auch über die grundsätzliche Richtung, die eine emanzipatorische, die Klassenverhältnisse aufhebende Bewegung einschlagen muss.

Dem Begriff „Klasse" kommen in gewisser Weise zwei Dimensionen zu. Einmal die Beschreibung der objektiven Klassenzugehörigkeit, die „Klasse an sich", und zum anderen etwas Subjektives, was mit der Erfahrung und dem Begreifen der gemeinsamen Lage und Interessen, mit einem Zusammengehörigkeitsgefühl und darauf aufbauend einem Klassenbewusstsein und einer potentiellen politischen Mobilisierung zusammenhängt. Diese zweite Dimension wäre die „Klasse für sich".

Zur Zeit kann in Deutschland nur in Ansätzen von einer „Klasse für sich" gesprochen werden. Im folgenden geht es deshalb zuerst um die „Klasse an sich".

Im Fokus steht die Frage nach der heutigen Arbeiterklasse. Arbeiterklasse wird dabei als analytischer Begriff verstanden, der alle einschließen soll, die als für Lohn Arbeitende die kapitalistische Produktion und Reproduktion betreiben. Er ist nicht gleichzusetzen mit bestimmten historischen Erscheinungsformen dieser Klasse, auch wenn diese sehr wichtig waren und zum Teil noch immer sind.

Zur Abrundung der Darstellung wird auch kurz auf die anderen Klassen der Gesellschaft eingegangen.

Grobe Einteilung der Klassen (in Deutschland): Die besitzenden Klassen und die Kapitalistenklasse

Für die Angehörigen der besitzenden Klassen generiert ihr Besitz soviel Einkommen, dass daraus der volle Lebensunterhalt bestritten werden kann. Eine Erwerbsarbeit ist für diese Klassen nicht notwendig (was aber nicht ausschließt, dass eine solche zusätzlich stattfindet). Die Eigentumsrechte gewähren direkt oder indirekt Zugriff auf den gesellschaftlich produzierten Mehrwert. Die besitzenden Klassen sind die Hauptnutznießer der Ausbeutungsverhältnisse.

Prinzipiell kann die Art des Besitzes und der Besitztitel sehr unterschiedlich sein. In einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland ist das Eigentum am Produktivvermögen, das in Produktion und Zirkulation investierte Kapital, die mit Abstand wichtigste Form des Eigentums. Die Kapitalisten sind der dominierende Teil der besitzenden Klassen hierzulande. Ihre Anteile an Unternehmen umfassen oft Größenordnungen, die eine direkte Einflussnahme auf die Geschäftstätigkeit dieser Firmen ermöglichen. Für die Klassenzugehörigkeit spielt es aber keine Rolle, ob die Eigentümer selber unternehmerisch oder nur vermögensverwaltend agieren. Weitere wichtige Vermögenskategorien sind Immobilien aller Art und Finanzvermögen (Rentenpapiere (Staatsanleihen), Private Equity, (Hedge-)Fonds und sonstige

Wertpapiere). Der Immobilienbesitz geht weit über eine selbst bewohnte Immobilie hinaus. Das Vermögen der besitzenden Klasse in Deutschland ist keineswegs auf dieses Land beschränkt, sondern meistens international gestreut. Genauso wie auch nichtdeutsche Kapitalisten wesentliche Anteile an hiesigen Unternehmen (und Immobilien) halten.

Kurz etwas zur Größe: etwa 1 % der Bevölkerung (als Anhaltspunkt: es gibt 250 000 Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten) kann man den besitzenden Klassen zurechnen. Dabei stellen die wirklichen Großkapitalisten auch innerhalb ihrer Klasse eine kleine Minderheit dar. (höchstens 0,1 % der Bevölkerung). Diese Minderheit ist aber der mächtigste und einflussreichste Teil der Kapitalistenklasse.

Eine weitere Untergliederung wird hier nicht vorgenommen. In Deutschland wäre eine solche politisch auch nicht besonders relevant. In anderen Ländern können dagegen weitere Unterteilungen, etwa in Kapitalisten und Grußgrundbesitzer, sinnvoll und notwendig sein.

Den besitzenden Klassen stehen die **arbeitenden Klassen** gegenüber.

Die Bezeichnung „arbeitend" verweist darauf, dass ihre Angehörigen einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ein eventuell vorhandener Besitz ist dafür nicht ausreichend.

Die arbeitenden Klassen kann man wiederum aufteilen in:

- arbeitende Klassen, die selbst im Besitz ihrer Produktionsmittel sind und
- arbeitende Klassen, die nicht im Besitz von Produktionsmittel sind, die allein ihre Arbeitskraft „besitzen" und deshalb diese verkaufen müssen.

Die erste Gruppe ist sehr heterogen zusammengesetzt. Sie besteht grundsätzlich aus selbständig Arbeitenden. Früher wurde diese Gruppe auch Kleinbürger genannt. Selbständigkeit gibt es in den verschiedensten Berufen und Branchen (z.B. Handwerker, kleinere Läden, Gastronomie), häufig mit fließenden Übergängen von Soloselbständigen zu kleinen Firmen mit ein paar Beschäftigten und weiter zu kleinen kapitalistischen Betrieben. Zu dieser Klasse gehören auch traditionelle akademische Berufe wie z.B. niedergelassene, nicht angestellte Ärzte und Rechtsanwälte. Auch die Bauern muss man (zumindest in Deutschland) zu dieser Gruppe rechnen.

Bereits diese (unvollständige) Aufzählung macht sichtbar, es gibt für diese Klasse weder eine gemeinsame ökonomische Lage, noch eine gemeinsame Tradition und Kultur, noch ein gemeinsames Bewusstsein. Die konkrete ökonomische Lage kann extrem unterschiedlich sein, sowohl zwischen den Untergruppen (Handwerkern, Ärzten, Bauern) als auch innerhalb dieser Untergruppen. Es gibt Angehörige dieser Klasse, die gut bis sehr gut verdienen, welche, die sich mit ihrem Einkommen etwa im gesellschaftlichen Durchschnitt bewegen und auch welche, deren ökonomische Existenzgrundlage ständig gefährdet ist.

Größe: Nach dem Mikrozensus von 2018 sind 9,6 % der Erwerbstätigen Selbständige, 0,3 % mithelfende Familienangehörige (ergibt praktisch 10 %)

Das Statistischen Bundesamt, das die Zahlen ermittelt, betreibt keine Klassenanalyse, es verwendet rein formale Kriterien. Jeder, der erwerbstätig ist, aber nicht abhängig beschäftigt, wird deshalb zu den Selbständigen gezählt. Für eine marxistische Klasseneinteilung ist aber der Besitz von Produktionsmitteln, bzw. das Vorhandenseins eines Geschäfts, Arztpraxis, Kanzlei etc. wesentlich. In der Realität gibt es aber immer mehr formal Selbständige, die praktisch keine nennenswerten Produktionsmittel besitzen. Diese bieten auf dem Markt eigentlich auch nur ihr Arbeitsvermögen an, ohne aber rechtlich eine abhängige Beschäftigung einzugehen. Nach einer solchen Logik könnte man im Extremfall auch einen Tagelöhner zur Gruppe der Selbständigen rechnen. Denn bei ihm gibt es auch keinen Arbeitsvertrag und kein formales Arbeitsverhältnis. Schätzungen belaufen sich auf bis zu zwei Millionen Selbständige (also fast die Hälfte aller Selbständigen), deren Zuordnung zweifelhaft ist und die vielleicht besser den Lohnabhängigen zugeordnet werden sollten.

Da die Gruppe der Selbständigen nicht im Zentrum unseres Interesses steht, wird nicht weiter auf diese Klasse eingegangen.

Arbeitende, die ihre Arbeitskraft verkaufen

In dem bereits oben zitierten Mikrozensus von 2018 finden sich folgende Angaben, die Prozentzahlen werden jeweils bezogen auf alle Erwerbstätige (das sind ca. 42 Millionen Menschen):

- 16,6 % Arbeiter im Sinne von Lohnempfängern
- 65,1 % Angestellte
- 4,7 % Beamte

Auszubildende werden im Mikrozensus als eigene Gruppe mit 3,5 % aufgeführt. Insgesamt tauschen also ca. 90 % aller Erwerbstätigen ihre Arbeitskraft gegen Lohn bzw. Gehalt. Die Beschäftigen bringen ihre Fähigkeiten und Qualifikationen mit, alle Produktionsmittel und die Vorgabe, was und wie gearbeitet werden soll, kommen von der beschäftigenden Institution, gemeinhin Arbeitgeber genannt.

Damit stellt sich die Frage

Sind diese 90 % die Arbeiterklasse?

Oder was spielt sonst noch eine Rolle ?

Die Zahlen dienen zuerst einmal nur dazu, sich einen Überblick über die Größenverhältnisse zu verschaffen. Auch hier ist daran zu erinnern, dass die Statistiker vor allem formale und juristische Kriterien für ihre Unterteilungen benutzen. Die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten war historisch wichtig, inzwischen hat sie stark an Bedeutung verloren. Das in den genannten Zahlen verwendete Kriterium zur Unterscheidung zwischen Arbeitern (Lohnempfänger) und Angestellten wird in den Tarifverträgen festgelegt. Durch die Entwicklung der Tarifverträge wird diese Unterscheidung immer mehr eine rein formale, mit wenig Aussagekraft. Aber sie ist insofern noch nützlich, weil man davon ausgehen kann, dass alle Arbeiter nach dieser Definition auch der Arbeiterklasse angehören. Etwas komplizierter ist die Lage bei den Angestellten und Beamten. Dort ist es notwendig, noch weitere Kriterien zur Beurteilung der Klassenlage heranzuziehen.

Ein solches Kriterium ist die Ausübung einer leitenden Funktion. Es dürfte wohl klar sein, dass die Angehörigen des höheren Managements, Geschäftsführer etc., nicht zur Arbeiterklasse gezählt werden

können, auch wenn sie formal Angestellte sind. (Auch bei Beamten gilt entsprechendes für die hohen Hierarchiestufen.) Die oberste Schicht der Manager, etwa die Vorstände von großen Firmen, wird durch ihre Gehälter in Millionenhöhe (und die oft gewährten Aktienoptionen) direkt in die besitzenden Klassen aufgenommen, falls sie diesen nicht sowieso entstammen. Etwas schwieriger ist

die Frage zu beantworten, wie weit die Abgrenzung in der Hierarchie nach unten vorgenommen werden muss. Wahrscheinlich ist es sinnvoll, zwischen der oberen Leitungsebene, die definitiv nicht dazugehört, und einer unteren (eventuell auch mittleren) Leitungsebene zu unterscheiden, der man eine Zwischenstellung zuschreiben könnte. Soziologen sprechen dabei von *„beherrschten Herrschenden"*, um deutlich zu machen, dass die unteren Leitungsebenen stark von den Vorgaben und Entscheidungen der oberen Ebenen abhängig sind.

Auch ohne Leitungsfunktionen können unter Umständen einzelne Positionen durch besonders günstige Bedingungen bzw. Privilegien (Gehalt, Freiraum bei der Arbeit, ausgeübte Funktionen) über das übliche Niveau hervorgehoben und von der Mehrheit der Lohnabhängigen so deutlich abgegrenzt sein, dass sie nicht mehr der gleichen Klasse zugerechnet werden können.

Ein weiteres Kriterium ist, in wieweit die Tätigkeit direkt unter der Regie des Kapitals erfolgt. Anders ausgedrückt, ist der Arbeitgeber eine kapitalistische Firma oder eventuell der Staat oder eine gemeinnützige Organisation (die zwar in einer kapitalistischen Gesellschaft und unter vom Kapitalismus geprägten Bedingungen operiert, aber selbst nicht kapitalistisch ist)?

Beschäftigte, die direkt unter der Regie des Kapitals arbeiten, können auch in direkte Interessengegensätze und Konflikte mit dem Kapital geraten. Diese sind dann auch unmittelbarer als Konflikte mit dem Kapital erlebbar, als es in Situationen der Fall ist, bei denen die kapitalistische Bedingtheit nur durch diverse Vermittlungen wirksam ist.

Zur Einschätzung der Klassenlage der Beamten und des öffentlichen Dienstes zuerst ein paar Zahlen:

- 79 % aller abhängig Beschäftigen (also die große Mehrheit) arbeiten bei privaten, kapitalistischen Unternehmern
- 21 % sind im nichtprivaten Bereich beschäftigt:
  12 % im öffentlicher Dienst, also direkt beim Staat, davon
  - 4 % in der allgemeinen Verwaltung und Sicherheit
  - 8 % in Bildung, Sozialleistungen und Daseinsfürsorge

  3 % in öffentlichen Unternehmen (privatrechtlich organisiert, aber im öffentlichen Besitz)
  6 % in nicht gewinnorientierten Unternehmen und Organisationen

Man sieht, die Gruppe, die nicht unter der direkten Regie des Kapitals arbeitet, ist in sich erheblich untergliedert. Die dort Beschäftigten haben auch einen unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Status. Es gibt Arbeiter, Angestellte und Beamte. Aber auch bei den Beamten, die am deutlichsten von den anderen Beschäftigten abgegrenzt sind, gibt es eine erhebliche interne Differenzierung durch ihre Aufgaben, durch die dafür notwendige Ausbildung und das Gehaltsniveau.

Bei den Beamten stellt sich die Frage, ob sie nicht durch ihren Status (Unkündbarkeit, Pensionsberechtigung) in gewissem Sinne von der Notwendigkeit befreit sind, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Sind sie einmal auf Lebenszeit verbeamtet, scheiden sie eigentlich aus dem Arbeitsmarkt aus. Auf jeden Fall ist ihr Verhältnis zum Arbeitgeber Staat dann rechtlich und praktisch deutlich anders als das Verhältnis z.B. eines Angestellten in der Privatindustrie zu seinem Arbeitgeber.

Von Bedeutung ist auch die ausgeübte Funktion, insbesondere bei allen, die direkt im staatlichen Machtapparat eingebunden sind. Auch solche Beschäftigte wird man kaum oder höchstens ganz am Rande zur Arbeiterklasse zählen können.

Die Tatsache, bei der Arbeit nicht direkt dem Kapital unterstellt zu sein, hat ohne Zweifel ihre Bedeutung für Status und Bewusstsein der Beschäftigten. Trotzdem sollte man diesen Aspekt nicht überbewerten. Es gibt im öffentlichen Dienst auch viele Tätigkeiten, bei denen der Bezug zum Staat eher einen Nebenaspekt darstellt.

Eine große Schwierigkeit bei Abgrenzungsversuchen am Rande einer Klasse sind die fließenden Übergänge, die häufig in der Praxis festzustellen sind. Ab welcher Position ist wirklich von einer leitenden Funktion zu sprechen? Wie hoch muss das Gehalt sein, um als besonders hervorgehoben zu gelten, was sind echte Privilegien? Und was ist, wenn solche bisher vorhandenen Vorteile ins Rutschen kommen und bedroht sind?

In der marxistischen Diskussion gibt es bei solchen Fragen keine Einigkeit. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen zur Bedeutung dieser Punkte für die Klassenlage. Manche Autoren postulieren das Vorhan-

densein einer lohnabhängigen Zwischenklasse, die von der eigentlichen Arbeiterklasse zu trennen sei. Bis zu 15 % der Lohnabhängigen, also etwa 5,5 Millionen, werden von ihnen dieser Mittelklasse aus Lohnabhängigen zugeordnet. Sie umfasst die Mehrheit der Angestellten mit leitenden Funktionen und einen großen Teil der Beamten.

Auch wer die Definition einer eigenen Zwischenklasse nicht für sinnvoll hält, muss die objektiv vorhandenen Unterschiede bei den Beschäftigen in Rechnung stellen. Die real vorhandenen Fragmentierungen innerhalb der abhängig Beschäftigten können selbstverständlich politische Folgen nach sich ziehen.

Durch Analyse der statistischen Daten wird man nur eine Annäherung an eine Klassenabgrenzung erreichen können. Letztlich entschieden wird der Verlauf der Klassengrenzen in den realen Situationen des Klassenkampfes. Dann zeigt sich, welche Merkmale (Lohnabhängigkeit, Leitungsfunktion, höheres Gehalt) handlungsanleitend sind und welche, zwar formal zutreffend, aber unwichtig bzw. zweitrangig. Das gilt für beide Seiten der potentiellen Auseinandersetzung. Denn es kann sich auch zeigen, dass eventuelle Privilegien schnell entzogen werden und Bereitschaft zur Loyalität nicht immer belohnt wird.

Abgrenzungsproblematiken gibt es selbstverständlich auch auch bei den anderen Klassen. Auf die zweifelhafte Zuordnung vieler Soloselbständiger wurde schon hingewiesen. Es gibt auch keine eindeutige objektive Grenze, um zu entscheiden, ab welcher Betriebsgröße es sich um einen (kleinen) kapitalistischen Betrieb handelt. Häufig wird die Grenze bei 10 Beschäftigten angenommen bzw. festgesetzt. Ebenso ist nicht eindeutig festgelegt, ab welchem Vermögen genau jemand wirklich zu den besitzenden Klassen zu rechnen ist.

Weitere Kriterien?

Unter Marxisten gibt es auch eine lange Debatte darüber, ob die Unterscheidung zwischen Produktion und Zirkulation für die Klassenlage der jeweils dort Beschäftigten relevant sein könnte. Sind Produktionsarbeiter der engere Kern der Arbeiterklasse? Auf komplizierte Weise damit verschränkt ist die Frage, welche Tätigkeit Mehrwert produziert und welche nicht, also nur zur Realisierung des Mehrwert beiträgt bzw. außerhalb der Produktion und Realisierung von Mehrwert steht, aber eine gesellschaftlich notwendige Tätigkeit ist.

Wo genau (und wie viel) Mehrwert produziert wird, ist selbstverständlich ökonomisch von großer Bedeutung für alle kapitalistischen Gesellschaften. Analytisch gesehen ist die Produktion von Mehrwert der Kernbereich der kapitalistischen Gesellschaft. In diesem Sinne kann man die dort Arbeitenden auch als einen Kernbereich der Arbeiterklasse verstehen. Aber damit ist nicht gesagt, dass aus diesem analytisch definierten Kern auch der Kern einer „Klasse für sich“ entstehen muss. Das kann so sein, ist aber keineswegs zwingend. Vor allzu deterministischen Vorstellungen sei gewarnt.

Eindeutig nicht geeignet für eine sinnvolle Analyse der Gesellschaftsstruktur ist dagegen die Rede von der Dienstleistungsgesellschaft (manchmal auch Tertiärisierung genannt), die für die (post)moderne oder postindustrielle Gesellschaft ausschlaggebend wäre. Der Begriff Dienstleistung wird dabei stark ausgedehnt und auf alles und jedes bezogen (persönliche Dienstleistungen, Finanzdienstleistungen, Transport und Logistik, industrienahe Dienstleistungen, Handel, Gesundheitssystem, staatliche Dienstleistungen etc.). Er wird dadurch ökonomisch weitgehend inhaltsleer und kann praktisch keine analytische Funktion mehr erfüllen. Die Rede von der Dienstleistungsgesellschaft dient mehr der ideologischen Verschleierung, als dass sie irgendeinen Erkenntnisgewinn bringen würde.

Es gibt dann auch noch einige andere Punkte, die zwar nichts mit der Klassenzugehörigkeit zu tun haben, aber im Zusammenhang mit Klassenkämpfen sehr wichtig sein können, z.B. die Frage nach der Streik- und Durchsetzungsfähigkeit von Belegschaften bzw. Branchen. Damit ist nicht die Streikbereitschaft gemeint (ein Teil des subjektiven Faktors), sondern die durch die Umstände gegebenen realen Chancen, durch Streik großen Druck auf das Kapital ausüben und damit eine wirksame Gegenmacht aufbauen zu können.

Aus rein praktischen Gründen spielt auch die Beschäftigung in Groß- oder Kleinbetrieben eine Rolle. Denn das hat erhebliche Auswirkungen auf die Möglichkeit, Belegschaften mit Erfolg zu organisieren. Offensichtlich ist es leichter, in einem Großbetrieb eine gewisse Anzahl von Kollegen_innen durch ein Netz von Vertrauensleuten und Aktiven organisatorisch einzubinden, als die gleiche Zahl von Kollegen_innen zu erreichen, wenn sie verstreut in vielen Kleinbetrieben arbeiten.

Die Veränderungen bei den Erwerbstätigen

Es entspricht den kapitalistischen Verhältnissen, dass sich die Kapitalakkumulation in ihrer konkreten Form ständig verändert. Davon ist selbstverständlich auch die Nachfrage nach Arbeitskräften betroffen, mit entsprechenden Folgen für die Zusammensetzung der Klassen. In den zurückliegenden Jahrzehnten haben erhebliche Veränderungen stattgefunden (und werden vermutlich auch weiterhin stattfinden).

Zwei große Trends

Zwei seit Jahrzehnten wirksame Großtrends sind zu nennen. Der eine Trend bezieht sich auf die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen. Inzwischen (Zahlen von 2018) sind etwa 47 % der Erwerbstätigen und 48 % der Lohnabhängigen Frauen. Allerdings sind die Unterschiede bei den Geschlechtern noch größer, als diese beiden Zahlen vermuten lassen. Die Unterschiede zeigen sich bei der Verteilung der Voll- und Teilzeitarbeit. So sind bei den Männern über 90 % in Vollzeit tätig und zwar unabhängig von der Zahl der Kinder und sonstigen Haushaltskonstellationen (erst kurz vor der Erreichung der Altersgrenze sinkt dann dieser Wert etwas). Erwerbstätige Frauen arbeiten dagegen nur etwa zur Hälfte in Vollzeit. Frauen mit Kindern sind überwiegend in Teilzeit oder sogar nur geringfügig beschäftigt. Frauen mit Kindern unter drei Jahren bzw. mit drei oder mehr Kindern sind überwiegend nicht erwerbstätig. Offensichtlich ist die Verteilung der

Haus- und Sorgearbeit immer noch sehr unterschiedlich.

Durch die Feminisierung der Erwerbsarbeit wurde die Standardkonstellation bei Paarhaushalten mit Kindern von der Nichterwerbstätigkeit der Frau zur Teilzeitarbeit verschoben. Der Mann als genereller Alleinverdiener ist weitgehend verschwunden. In den 50er und 60er Jahren war das noch anders.

Der zweite große und langfristige Trend ist der zu einer längeren Ausbildung und zu „höheren" formalen Schul- und Berufsbildungsabschlüssen. Spätestens seit den Bildungsreformen am Ende der 60er Jahre steigen der Anteil pro Jahrgang mit Abschlüssen wie Abitur/Fachabitur und auch der Anteil, der ein Hochschulstudium absolviert, kontinuierlich an. Am Ende der 50er Jahre betrug der Anteil mit Abitur weniger als 10 %, mittlerweile werden Abiturquoten von über 50 % pro Jahrgang erreicht.

Leider findet man keine guten statistischen Daten über die Veränderungen der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten. (häufig sind die Zeitreihen zu kurz, es gibt nur Angaben zur Gesamtbevölkerung).

2019 betrug der Anteil mit Hochschulabschluss 23,1 % aller Erwerbstätigen.

In der Gesamtbevölkerung hat sich der Anteil der Schulabschlüsse folgendermaßen entwickelt:

	Hauptschule	Polytech. Oberschule	Mittlerer Abschluss	Hochschul-/ Fachhochschulreife	ohne Abschluss
1976	74 %	X	14,2%	7,7%	X
2019	28,6%	6,5%	23,5	33,5	4%

Für 2020 wurde gemeldet, dass zum ersten Mal die Zahl der Erstsemester (ca. 500 000) größer ist als die Zahl derer, die eine Ausbildung im dualen System beginnen.

Nicht vergessen werden sollte, dass die Ausdehnung der Bildungszeit in Schulen und Hochschulen bei Berufsanfängern vielfach durch eine innerbetriebliche Weiterqualifizierung der Beschäftigten ergänzt wurde. Ein Teil der Qualifikationen, die von den Betrieben benötigt wurden, ist durch Weiterqualifizierung von bereits Beschäftigten geschaffen worden. Angeblich üben mehr als 20 % der sozialversichungspflichtig Beschäftigten Tätigkeiten aus, für die sie gemäß ihrer (ursprünglichen) formalen Zertifikate unterqualifiziert sind. (Bauer et al., 2018) Auch solche Entwicklungen zeigen die sich im Laufe der Zeit stark verändernden Anforderungsprofile an. Ein steigender Bedarf an mehr (Hoch-)Schulausbildung ist dafür nur ein Zeichen. Es gibt ganz allgemein einen Trend zu steigenden Qualifikationsanforderungen.

Wie erwähnt, findet man nur wenig Daten über die konkreten Arbeitssituationen in den privaten Betrieben. Während beim Staat klar ist, welche Anforderungen an die Ausbildung bei den einzelnen Laufbahnen gelten, ist das bei privaten Firmen meistens weniger klar. Auch ist nicht immer klar, welche Rolle in der betrieblichen Realität unterschiedliche Bildungsabschlüsse wirklich spielen. Welchen Unterschied macht etwa ein Abschluss an einer Universität gegenüber einem an einer Fachhochschule, wie unterscheiden sich die Chancen von Menschen mit Master von denen mit Bachelor-Abschlüssen und wie weit sind die darauf aufbauenden Laufbahnen später noch durchlässig?

Die beiden Trends, der der Feminisierung und der zu mehr Bildung, sind gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Sie sind keineswegs auf die Lohnabhängigen beschränkt. Die Veränderungen sind nicht klassenspezifisch und werden auch nicht als solche wahrgenommen. Es ist eher das Gegenteil der Fall. Viele mit langer Ausbildung und höheren formalen Abschlüssen begreifen sich nicht als Angehörige einer Klasse, auch wenn sie eindeutig lohnabhängig sind. Sie sehen oft Klassen als überholt an und als Erscheinungen von gestern. Die beschriebenen Umschichtungen haben die Klassenstruktur der Gesellschaft in der allgemeinen Wahrnehmung nicht deutlicher werden lassen. Sie haben objektiv die Unterschiede innerhalb der Lohnabhängigen vergrößert. Von Bedeutung ist auch eine Art ständig stattfindender Generationenwechsel. Die nachrückenden, jungen, anders ausgebildeten Arbeitskräfte unterscheiden sich von den „alten" in ihrem Selbstverständnis und Bewusstsein.

Eine Veränderung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters hat sich auch durch die stattgefundene Einwanderung ergeben. Allerdings hat die Migration kaum zu Veränderungen der in den Statistiken ausgewiesenen Klassenstruktur geführt.

Aber es ist festzuhalten, dass es Bereiche gibt, in denen Nichtdeutsche und Migranten in überproportionalen Anteilen anzutreffen sind. Meistens sind das die schlecht zahlenden Branchen, die prekären Verhältnisse mit den ungünstigen Bedingungen. Man denke nur an die Fleischverarbeiter bei Tönnies, auf die in der Corona Pandemie ein Licht fiel, an die vielen LKW- Fahrer aus Osteuropa, die Subkontrakt-Firmen auf den Baustellen oder an die saisonalen Erntehelfer. Es handelt sich dabei um eine Fragmentierung, die aus den Statistiken nur unzureichend deutlich wird.

Die neoliberale Offensive, die Globalisierung

Ein Faktum, das die Klassenverhältnisse massiv beeinflusst hat, ist die neoliberale Offensive, wie sie ab den 80er Jahren und verstärkt dann in den 90er Jahren stattgefunden hat. Am stärksten kommt diese Entwicklung in der sogenannten Agenda-Politik der Schröder/Fischer-Regierung zum Ausdruck. Die Folge dieser Politik war die starke Vergrößerung des Niedriglohnsektors und die zunehmende Prekarisierung. Prekarisierung meint nicht nur schlechte Bezahlung, sondern einen weitgehenden Abbau von Sicherheiten und Verlässlichkeit. Also Zeitverträge statt feste Anstellung, Leiharbeiterschaft, immer weiter ausgedehnte Praktika und einen deutlich schlechteren Schutz für den Krisenfall (Verkürzung von Arbeitslosengeld und Hilfe, verstärkter Druck, auch schlechtere Arbeit anzunehmen, Einführung von Hartz IV). Damit verbunden sind die Ausdehnung der Lieferketten und die Verlagerung von Arbeit auf Zulieferer. Die Beschäftigten der Zulieferer arbeiten oft unter anderen (schlechteren) Bedingungen, unter Umständen aber trotzdem im gleichen Betriebs-

gelände. Mehr oder weniger große Teile der Produktion wurden ins Ausland verlagert. Ganz allgemein gesprochen hat die Globalisierung bewirkt, die Zahl der Produktionsarbeiter hierzulande abzubauen und woanders zu erhöhen.

Die starke Zunahme des Niedriglohnsektor ist nicht die einzige Folge des Neoliberalismus für die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Weitere Veränderungen betreffen auch viele vorher in öffentlicher Regie geführten Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die privatisiert wurden. Privatisierungen hat es z.B. auch bei kommunalen Betrieben und auch beim Wohnungsbestand gegeben. Auch wenn diese Privatisierungswelle inzwischen wieder abgeflaut ist, sind die Auswirkungen noch erheblich.

Die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen hat sich verschärft. Mit der seit den 70er Jahren bestehenden Sockelarbeitslosigkeit und der zunehmenden Tarifflucht von Betrieben erhöht sich der Druck auf die Beschäftigten. Wirkung zeigt das nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, sondern auch bei dem viel größeren Kreis der potentiell Betroffenen.

Nicht vergessen darf man dabei, dass der Niedriglohnsektor die eine Seite der ökonomisch gesellschaftlichen Entwicklung ist. Die andere Seite besteht im zunehmenden Reichtum am anderen Ende der Einkommens- und Vermögenspyramide. Die neoliberalen Zeiten sind charakterisiert durch eine ausgeprägte Zunahme der Ungleichheit. Immer mehr zeichnet sich ab, dass das statistisch ausgewiesene Wirtschaftswachstum, das ja für die Mehrheit der Jahre noch zu verzeichnen war, praktisch nur noch bei den Gutverdienenden und Reichen zu weiteren Zuwächsen führt, während die unteren 30 bis 50 % oft reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. In „guten Jahren" konnte dieser Trend höchstens aufgehalten, aber nicht wirklich umgedreht werden.

In diesen Zusammenhang muss man auch die neoliberale Abwicklung der DDR-Betriebe nennen. Man kann zwar nicht sagen, dass diese die Zusammensetzung der Lohnarbeiter in klar erkennbarer Weise verändert hätte, aber die Erfahrung, für viele mit längerer Arbeitslosigkeit verbunden, war prägend. Es bedeutete eine Zurücksetzung und Abstiegserfahrung, die bis heute noch erheblich nachwirkt. Auch bei jenen, die vielleicht persönlich nicht so gravierend betroffen waren, aber die Entwicklung bei Verwandten, Freunden oder Kollegen_innen wahrgenommen haben.

Der notwendige Schritt zur „Klasse für sich"

Fasst man die skizzierten Veränderungen bei den Lohnabhängigen zusammen, gilt es eine große Vielfalt zu konstatieren. Es gab in den vergangenen Jahrzehnten keine Vereinheitlichung, sondern eine weitere Differenzierung und Aufsplitterung. Die Zugehörigkeit zu einer „Klasse an sich" lässt sich im Wesentlichen über das Kriterium Lohnabhängigkeit feststellen. Darüber hinaus gibt es aber wenig, was zu einer Klasseneinheit, die alle Untergruppen umfassen würde, beiträgt, insbesondere kein gemeinsames Klassenbewusstsein.

In entwickelten kapitalistischen Gesellschaften sind die Mechanismen der Ausbeutung (die Produktion des Mehrwerts durch die Arbeiterklasse im Gegensatz zur Aneignung desselben durch die Kapitalisten) keine offensichtlichen, von allen unmittelbar erkennbaren Tatsachen. Es gibt viel oberflächlichen Schein, der die eigentlichen ökonomischen Vorgänge verschleiert. Dazu kommt die jahrzehntelange Propaganda über die soziale Marktwirtschaft und das angebliche Überholtsein von Klassen und Klassengegensätzen. Der Begriff Ausbeutung hat sich im Alltagsverständnis auf besonders extreme Formen der Ausbeutung verengt. Viele verbinden damit nicht mehr ein grundsätzliches Strukturmerkmal des Kapitalismus. Die ideologische Sicht auf die Organisation der Gesellschaft über den Markt als etwas quasi Naturgegebenes wird hierzulande von einem erheblichen Anteil der Bevölkerung und auch der Lohnabhängigen akzeptiert und erscheint vielen irgendwie alternativlos. Die Klassenfrage scheint sich nicht mehr zu stellen.

In der jüngeren Vergangenheit kamen die Vorstöße, die objektiv mit einer Zuspitzung der Klassenfrage

Arbeiterstimme
Zeitschrift für marxistischeTheorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 213 Herbst 2021, 28 S.
- Der Westen gibt in Afghanistan auf
- Afghanistan: eine erste Bilanz
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil VI und Abschluss
- Der Kern des Bahn-Streits
- Nachruf auf Esther Bejarano
- **Rezension:** Eva kam aus Afrika…

Nr. 212 Sommer 2021, 36 S.
- Die deutsche Marine auf großer Fahrt gegen China 2.0
- Preis der Staatsinterventionismus
- Die Linke wählen?!
- IG Metall-Abschluss 2021
- Die Spur des Faschismus im Arbeitsrecht
- Die schier unglaubliche Geschichte des Dr. Ludwig Weißauer
- Zur Wahl der Verfassunggebenden Versammlung in Chile

Nr. 211 Frühjahr 2021, 36 S.
- Die Corona-Pandemie – Zwischenbilanz
- Die LINKE mit weiblicher Doppelspitze
- Die christliche Rechte im Aufwind
- Kein großer Wurf – Betriebsrätestärkungsgesetz
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 5
- 9. November – ein nationaler Gedenktag
- Labour ist in gemäßigten Händen
- Rezensionen: Revolte in Chile
  Deutsche Krieger

Nr. 210 Winter 2020/2021, 36 S.
- Die USA nach der Abwahl Trumps
- Tarifrunde IG Metall
- Home-Office: Was tun?
- Tarifrunde IG Metall …und noch eine Baustelle
- Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
- Tarifabschluss bei der Post
- „Der Westen" und China: Der nächste Weltkonflikt?
- Bolivien – ein Wahlsieg oder mehr?

Bestellungen bitte an:
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg
Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme
www.arbeiterstimme.org

verbunden waren, von der Gegenseite. Für viele war der real erlebte Klassenkampf der Klassenkampf von oben, wie er z.B. bei der Durchsetzung des Neoliberalismus praktiziert wurde. Aber selbstverständlich wird das von seinen Propagandisten nicht Klassenkampf genannt, sondern, ideologisch verbrämt, etwa als sachliche Notwendigkeit, bedingt durch diverse „Sachzwänge".

Zugegeben, das ideologische Gebäude zur Rechtfertigung des Kapitalismus zeigt Risse. Die nicht zu verbergenden Widersprüche und die daraus erwachsenden Krisen stören immer wieder das von den Medien gemalte, idealisierte Bild. Die allgemeine Akzeptanz der Unantastbarkeit des Privateigentums wird z.B. durch die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt und die immer größer werdende Ungleichheit bei Einkommen und Besitz in Frage gestellt.

Die „Klasse an sich" beschreibt eigentlich nur ein Potential. Die Klasse konstituiert sich als historische und gesellschaftliche Kraft erst dann, wenn sie Schritte zur „Klasse für sich" unternimmt. Das ist ein notwendiger und entscheidender Prozess, um das in der Klasse angelegte Potential zu entfalten und in entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Einfluss umzusetzen. Wenn eine „Klasse für sich" höchstens in Ansätzen existiert, wie das heute der Fall ist, bleibt der Einfluss der Lohnabhängigen begrenzt. Es ist dann damit zu rechnen, dass verschiedene Teile der Klasse ihre Interessen auf unterschiedliche, nicht koordinierte Art und Weise zum Ausdruck bringen. Dies kann unter Umständen in einer Form geschehen, in der Klassenzusammenhänge kaum mehr erkennbar sind und auch im Selbstverständnis der Beteiligten keine Rolle spielen, zumindest keine wesentliche. Gibt es keine „Klasse für sich" und besteht ein eklatanter Mangel an Klassenbewusstsein, drohen immer politische Zersplitterung, Beschränkung auf Partikularinteressen, Desorientierung oder Resignation. Ohne sich selbst bewusst zu werden, kann die Arbeiterklasse die ihr aufgrund ihrer Größe und Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess zukommende Stärke nicht entfalten.

Eine Herausbildung der „Klasse für sich" ist keineswegs durch die objektive Situation determiniert. Diese stellt zwar den Rahmen bzw. die Basis dar, auf der sich solches entwickelt, und sie wird das Entstehen von Interessengegensätzen und Konflikten beeinflussen und prägen. Aber der konkrete Ablauf dieser Entwicklung ist nicht festgelegt, sondern zeichnet sich durch eine große Offenheit aus. Sehr viele andere Einflüsse können dabei eine wichtige Rolle spielen.

Auch eine noch so detaillierte Klassenanalyse kann nicht die Basis dafür sein, um daraus konkrete Prognosen über den Verlauf von Klassenkämpfen abzuleiten. Aussagen im Sinne von „dort ist das Zentrum des Kapitalismus, dort muss sich auch der stärkste Widerstand entfalten", oder umgekehrt, „dieser Bereich ist nur am Rande der Klasse zuzuordnen und deshalb sind dort keine Kämpfe zu erwarten", wären Ökonomismus und verfehlen die wirkliche gesellschaftliche Entwicklung, die oft eben nicht simpel und geradlinig verläuft.

Wichtig ist eine detaillierte Analyse der Lage aber innerhalb einer konkreten Auseinandersetzung. Hier muss man eventuelle Differenzierungen der Interessen und potentielle Spaltungslinien möglichst genau erkennen und bei der Formulierung von Forderungen berücksichtigen. Denn es ist auch nichts Neues, dass kleinere und größere Unterschiede, echte und vermeintliche Privilegien spaltend wirken können und auch von der Gegenseite bewusst zur Spaltung eingesetzt werden. Wenn es z.B. in einer Situation zu Kämpfen kommt, in der Stammbelegschaft, Leiharbeiter und Beschäftigte von Zulieferern gemeinsam im selben Betriebsgelände arbeiten, muss diese Situation selbstverständlich bei allen Überlegungen zur Vorgehensweise und zur Taktik einbezogen werden.

Vermutlich wird sich eine zukünftige Entwicklung zu einer „Klasse an sich" nicht gleichmäßig in der gesamten Klasse vollziehen und auch nicht zeitlich in einem Zug. Manche Teile werden vorangehen, andere (vorerst) zurückbleiben. Es entstehen Kerne, die die Auseinandersetzung vorantreiben. Im Laufe eines solchen konkreten Prozess entscheidet sich dann auch, wo (zumindest für einen gewissen Zeitraum) die Grenzen der „Klasse für sich" verlaufen (und wieweit diese von der „Klasse an sich" abweichen). Selbstverständlich ist dabei mit Widersprüchen, auch mit Konflikten zwischen Teilen der Klasse zu rechnen.

Letztlich ist es auch nicht so wichtig, ob für die bevorzugten Teile der Lohnabhängigen eine eigene Zwischenklasse definiert wird oder nicht. Es ist notwendig, objektiv vorhandene Differenzierungen im Auge zu behalten und mögliche Auswirkungen zu bedenken. Ob und wie stark eine Spaltung entlang solcher Unterschiede sich in Klassenkämpfen manifestiert, ist nicht von vornherein festgelegt. Wenn Kerne der Klasse erfolgreich klassenkämpferisch agieren, wird das entsprechenden Einfluss auf die anderen Teile haben, die sich bis dahin noch zurückgehalten haben. Im günstigsten Fall kann es Gruppen am Rande der Klasse motivieren, selbst aktiv zu werden und sich den Kämpfen anzuschließen. Der konkrete Ablauf entscheidet letztlich über das Geschehen, welche Teile sich wie positionieren, welche aktiv und welche passiv sind. Auf welche Seite sich z.B. die untere Leitungsebene schlägt, lässt sich nicht generell und eindeutig vorhersagen. Entsprechendes gilt für alle anderen Gruppen innerhalb der fragmentierten Klasse.

Wenn man die Analyse der objektiven Lage zusammenfasst, kann man feststellen: der zahlenmäßig winzigen Kapitalistenklasse steht einmal eine Klasse von Selbständigen gegenüber (etwa 10 %) und eine große Gruppe von Lohnabhängigen. Etwa 10 bis 15 % dieser Lohnabhängigen muss man eventuell zu einer Zwischenklasse rechnen.

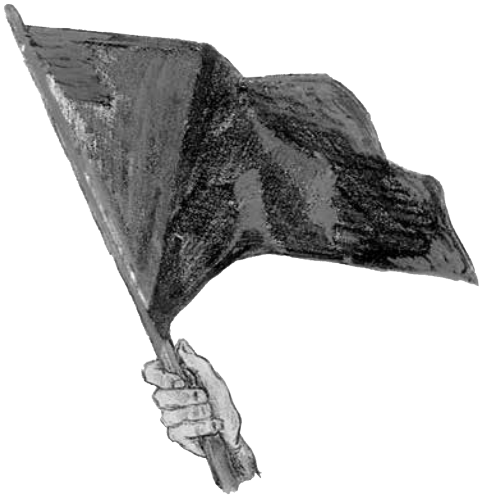
Es verbleiben also noch immer ca. 75 bis 80 % der Erwerbstätigen, die man zur Arbeiterklasse rechnen kann und muss, allerdings nur zu einer „Klasse an sich". Diese „Klasse an sich" weist eine große Fragmentierung auf, die in den letzten Jahrzehnten noch zugenommen hat.

Teil II wird in der nächsten Ausgabe der Arbeiterstimme erscheinen.

Literaturhinweis:

Bauer, Thomas; Christian K. Rulff; Michael Tamminga; „Formale Unterqualifikation in Deutschland", Gütersloh 2018

Unsere Jahreskonferenz 2021



Wie bereits im vergangenen Jahr, fand auch heuer wieder die Jahreskonferenz unter erschwerten Coronabedingungen, statt; d.h., wir waren an eine personelle Obergrenze für die Raumnutzung gebunden, welche aber nicht erreicht wurde; deswegen hatten wir auch nur in kleinem Rahmen eingeladen. Die Gastronomie war noch geschlossen, so war die Information im Vorfeld; vor Ort war sie dann aber doch geöffnet, allerdings nicht für das Mittagessen. Am Sonntag war das Haus geschlossen, daher mussten wir uns für diesen Tag eine Alternative suchen.

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr war aber der Teilnehmerkreis wieder etwas größer. Nicht teilnehmen konnten die Genossen aus Österreich und England sowie aus Bremen.

Es nahmen also 17 Genossinnen und Genossen teil, zwei davon von der Gruppe „Arbeiterpolitik“, einer von der AGI Dorfen, ein Gast von der DKP sowie zwei befreundete Genossen.

Der erste Programmpunkt war ein längeres Referat unseres Altgenossen aus Nürnberg, das sich mit der Geschichte unserer Gruppe befasste, die inzwischen das Alter von 50 Jahren erreicht hat. Das Referat ist in dieser Nummer, leicht überarbeitet, abgedruckt. Danach folgte ein kurzer Bericht zur Lage der Gruppe.

Nach einer ausführlichen Diskussion, auch zur personellen und finanziellen Lage, begannen wir mit dem nächsten Tagesordnungspunkt, der Analyse der Bundestagswahlen. Nach einem kurzen Referat zur Einschätzung des Wahlergebnisses und einem längeren zum Ergebnis für die Partei DIE LINKE, das in aktualisierter Form in dieser Ausgabe abgedruckt ist, folgte eine ausführliche Diskussion, unter anderem über das Abschneiden der AfD und sehr breit über Verluste und Chancen der LINKEN. die nach der Mittagspause dann fortgesetzt wurde.

Nach einer Pause stand am Nachmittag als nächster Punkt das Thema „Klassenanalyse“ auf der Tagesordnung. Die Grundlage für die Diskussion bildeten neben einer kurzen Einführung zwei lange Artikel zum Thema, mit denen wir uns schon bei unserem Seminar im Mai in München ausführlich befasst hatten. Diese sollten hier weiter ausgearbeitet werden. Der erste Teil wird nun in dieser Nummer abgedruckt.

Ein Aspekt aus diesem sehr weiten Themenbereich führte dann nahtlos zum Bericht eines Genossen der Arpo über die Plattformökonomie. Die Arbeitsniederlegungen der Gorillas führten ja kurzzeitig zu großer öffentlicher Aufmerksamkeit für diese relativ neuen, aber sich rapide vermehrenden Arbeitsverhältnisse.

Auch der Themenbereich der Arbeitskämpfe im Krankenhausbereich, speziell in Berlin, wurden diskutiert.

Am Abend traf sich dann ein Teil der Teilnehmenden, wie es schon seit Jahren Tradition ist, zum Essen und für längere persönliche Gespräche in einer gemütlichen Gaststätte in Altstadtnähe.

Für den Sonntag mussten wir uns, wie schon geschildert, eine andere Tagungsstätte suchen. In der Südstadt fanden wir großzügige Räumlichkeiten...

Traditionell ist die Zahl der Teilnehmenden am Sonntag geringer als am Samstag. Heuer kam jedoch verschärfend hinzu, dass einige Genossen krankheits- und altersbedingt der Konferenz nicht mehr beiwohnen konnten und wir den Raum nicht annähernd füllten.

Als Themen hatten wir uns die Außenpolitik der neuen Regierung, den Flottenaufmarsch im indopazifischen Ozean und die Lage in England vorgenommen. Ein Genosse der AGI hatte ein Referat mit dem Titel „Welche Bedeutung hat die Bundestagswahl für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik?“ verfasst, das in seiner Abwesenheit vorgetragen wurde. Wir drucken das Referat ab.

Nach ausgiebiger Diskussion der Thesen, die im Referat entwickelt wurden, kamen wir, in Übereinstimmung mit dem Verfasser, zur Beantwortung der Frage, nämlich: keine!

Problematisch wurde die Situation für die EU eingeschätzt, dabei wurden Fragen diskutiert, etwa: „Wie wird sich die EU im Konflikt gegen China positionieren, wo doch wichtige Teile der wirtschaftlichen Basis untergraben werden können?“, „formelhafte Lippenbekenntnisse zur NATO und Verhandlungen mit den USA auf Augenhöhe“. Die USA schauen rücksichtslos zuerst auf ihre Interessen, wie an dem neuen Militärbündnis AUKUS und den ATOM-U-Boot-Geschäft der USA mit Australien zu sehen ist, wo die Interessen des NATO-Partners Frankreichs außen vor blieben.

Da unser englischer Genosse, wie schon erwähnt, nicht anwesend war, blieb die Diskussion über die Lage in England auf die Basis allgemeiner Informationen beschränkt. Unverständnis herrschte bei der Frage, wie innerhalb der Labour Party so ein ungeheurer Roll-Back hatte stattfinden können. Im Nachhinein baten wir den Genossen um Beantwortung dieser Frage. Diese Antwort drucken wir in einem Artikel ab.

Wie immer wurden die Diskussionen solidarisch und vorwärtsweisend geführt, die Jahreskonferenz hat den Zusammenhalt der Gruppe gestärkt und die Vereinzelung der Genossinnen und Genossen kurzzeitig aufgehoben.

Aus der Geschichte der Gruppe Arbeiterstimme

Rückblick auf 50 Jahre

Genossinnen und Genossen der Gründungsversammlung

Die erste ***Arbeiterstimme***" erschien am 30. Mai 1971. Die Gründung der „Gruppe Arbeiterstimme" erfolgte am 21. November 1971 bei einer Vereinigungskonferenz der Gruppe Arbeiterpolitik Nürnberg mit der Gruppe „Unser Weg" auf einer Konferenz in Frankfurt, an der auch Genossinnen und Genossen aus anderen Regionen teilnahmen. An der Gründungsversammlung nahmen 19 Genossinnen und Genossen teil und die Beschlüsse wurden ohne Gegenstimme angenommen. Alle Altersgruppen waren vertreten, vom ehemaligen KPO-Abgeordneten des preußischen Landtags, Alfred Schmidt, dem Redakteur von „Unser Weg", Hermann Jahn, von Isi Abusch bis zu den Jüngeren aus der Nürnberger IG-Metall-Jugend, aus der Arpo Nürnberg auch Hans Kunz und Hans Steiger, die alles organisiert hatten. Einige aus der Nürnberger Gruppe konnten nicht teilnehmen. Der theoretisch und historisch beschlagene Genosse Udo Winkel war dabei sowie Schorse Stockmann, der Gewerkschaftsfunktionär aus Bremen, dem nach dem Krieg die Leitung der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik zusammen mit Heinz Kundel oblag.

Zurück zu den Wurzeln: Der Werdegang der Gruppe und deren Zustand wurden wesentlich mitbestimmt von den politischen Entwicklungen in Deutschland und der Welt und von den Bewegungen, die dadurch entstanden, auch wenn diese wieder niedergingen. So haben die Gruppen, die die Arsti gründeten, auch später insgesamt vier Phasen, wie ich meine, durchschritten und durchlitten, meist in der Reihenfolge: mühsamer Aufbau – Konsolidierung – politische Enttäuschungen – Spaltungen – schwieriger Neuanfang. Der kleine Zirkel in der Wohnung von Hans Kunz, in der die Sitzungen stattfanden, umfasste anfangs meist nicht viel mehr als zehn Personen; später waren es nicht selten 28. Bei Jahreskonferenzen war die Zahl der Teilnehmenden höher, 50 bis 60, 1971 in der Wörlmühle Erlangen sogar 74.

Die Grundlagen einer neuen, marxistischen Orientierung nach Faschismus und Krieg und der verheerenden Stalinisierung in der Sowjetunion versuchten eine Anzahl kleinerer Gruppen zu legen, die meist erfolglos blieben, aber eine Zeitlang durchhielten mit der vagen Hoffnung auf eine Besserung für sozialistische Politik. Die Ära des Antikommunismus versperrte jede Möglichkeit, in der breiten Bevölkerung Anklang zu finden.

Auch die KPO-Überlebenden in Nürnberg gehörten dazu, die sich in der Gruppe Arbeiterpolitik gesammelt hatten. Karl Grönsfelder, Revolutionär und ehemaliger Vorsitzender der KPD Nordbayern, sammelte nach seinem Ausschluss aus der KPD Anfang der fünfziger Jahre eine Anzahl jüngerer Genossen um sich: Übrig geblieben waren Hans Kunz, Erich, Helmut und Hans, der 1956 dazukam (erst als Hörer, dann als „Marxismus–Lehrling"). Die Haupttätigkeiten des kleinen Kreises waren Diskussionen und die Behandlung und Erstellung von Artikeln der Arpo. Auf Außenwirkung wurde wohl auch auf Grund der schlechten Erfahrungen verzichtet. Es war auch eine gewisse Erschöpfung in ihnen, da sie als Übriggebliebene tief enttäuscht waren, nicht nur wegen ihrer Misserfolge, sondern auch über ihre eigene Vergangenheit, die kampflose Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus und über das Versagen der KPD, die die Einheitsfrontpolitik bis ganz kurz vor dem Ende der Weimarer Republik abgelehnt hatte. Da war eine gewisse Lähmung nicht zu vermeiden für jene Minderheit, die den Widerstand gegen die Faschisten geleistet hatte. Von Stuttgart aus versuchte der ehemalige Arpo-Redakteur Theodor Bergmann (Ted) uns für seine Sammlung zu gewinnen. Die Zeitschrift „Sozialismus", die er herausgab, war aber für uns nach marxistischen Maßstäben

ungenügend. Als sich nach den sogenannten Wirtschaftswunderjahren wieder ein bisschen mehr bewegte, gab es bei manchen linken Gruppen etwas mehr Auftrieb. Die Demonstrationen, an denen wir teilnahmen, häuften sich, die sozialen Proteste und die Proteste gegen die Aufrüstungspolitik, aber vor allem die Ostermärsche waren von Bedeutung. Nun war ein Teil der Jugend politisch etwas mehr in Bewegung gekommen, auch aus der Gewerkschaftsjugend. Wir vom Grönsfelder-Kreis hatten Udo Winkel für uns gewonnen, der an unseren Treffen teilnahm und dessen Wissen und Diskussionsbereitschaft auch in der Friedensbewegung für uns Früchte trug. Wir luden die Interessierten zu unseren Versammlungen ein, zu den Diskussionsabenden in Hans Kunz' Wohnung und zu den beginnenden Aktivitäten. Vor allem in der IGM-Jugend fanden wir Anklang. An der Durchsetzung, den gewerkschaftlichen 1. Mai zurück zur Demonstration und auf die Straße zu bringen, hatten wir wesentlichen Anteil, allein deshalb, weil wir vorher die zerstrittenen linken Gruppen zum gemeinsamen Handeln brachten. Wir konnten neue Mitglieder gewinnen. Der Durchbruch erfolgte dann durch Helmut von den Falken im Regensburger Umkreis, wo sein Einfluss auch bei den dortigen Studierenden beträchtlich war. Mit Linken in der Studentenbewegung wie in Erlangen waren wir zwar in Kontakt, aber es waren meist die Erwartungshorizonte dann doch zu verschieden. Die 68er Bewegung an den Universitäten und die großen Friedensdemonstrationen und die gegen den Vietnamkrieg hatten längst Adenauers reaktionäre Restaurationspolitik gebremst, vor allem im kulturellen Bereich. Die 1967/68er Bewegung von Teilen einer jungen Generation war indirekt auch Ausdruck einer Veränderung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses, dem sich der Westen anpassen musste. In Bonn regierte eine „sozialliberale" Regierung, außenpolitisch geprägt von Willy Brandts Ostpolitik, dem „Wandel durch Annäherung" und innenpolitisch wurde 1968 wieder eine kommunistische Partei, die DKP, zugelassen. Das KPD-Verbot von 1956 wurde freilich nicht aufgehoben und auch auf die Verfolgungen von Kommunisten wurde nicht verzichtet (Berufsverbote). Doch als die Auflösungsprozesse der Außerparlamentarischen Opposition (APO) fortschritten, konnte die DKP, die zu einer echten Erneuerung und dem Bruch mit dem Stalinismus nicht bereit und fähig war, nur wenig dazu gewinnen. Es bildeten sich kommunistische Miniparteien, wie die KPD/ML, Maoisten usw., die meist ultralinks waren.

Auch die Zusammenarbeit unserer Nürnberger Arpo-Gruppe mit der Bremer und Hamburger Redaktion der Arpo blieb nicht frei von Meinungsverschiedenheiten und Richtungsstreit. Innerhalb der dortigen Gruppen gab es schwere Auseinandersetzungen über die Einschätzungen und später vor allem über die Streikstrategie auf der Klöckner-Hütte. Dabei ging es hauptsächlich um die Einschätzung und Bewertung des Kräfteverhältnisses und um die grundsätzliche Beurteilung von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären. Der Zwist wurde so heftig, dass er zur Spaltung der Bremer Gruppe führte. Schorse Stockmann und vor allem einige ältere Genossen verließen die Gruppe. Sie wandten sich gegen deren voluntaristische Tendenzen und gaben eine hektographierte Zeitschrift heraus. 1971 gehörten sie mit zu den Gründern der ***Arbeiterstimme***.

Die Nürnberger Arpo-Gruppe hatte als Begleiterscheinung des Niedergangs der APO Zuwachs erhalten, auch den äußeren Kreis erweitert und Arpo-Leser im Gewerkschaftsbereich gewonnen.

1966 war ich zu einem Besuch bei Heinrich Brandler in Hamburg und habe das verbunden mit der Teilnahme an der Arpo-Jahreskonferenz in Hamburg (Heinz Kundel / Bonno Schütter). Später hat die Nürnberger Gruppe mit einer Delegation an nachfolgenden Jahreskonferenzen teilgenommen, dabei kam es dann in Steinkimmen und später zu heftigem Streit. Es ging dabei auch um die von uns beanstandeten Streichungen und Verunstaltungen von Artikeln, ja sogar bis zu Verfälschungen, durch die dortige Redaktion. Besonders die Analysen und Gewerkschaftseinschätzungen von Pep, der nach dem Tod Brandlers wie-

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen

Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,– €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

Immer noch Kommunist?

Erinnerungen von Paul Elflein

Herausgegeben von Rof Becker und Claus Bremer

Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband 5,00 €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Redaktionssitzung 1974

der mitwirkte, konnten wir nicht mehr teilen. Es kam zur Spaltung der Gruppe Arbeiterpolitik und wie eingangs beschrieben zur Gründung der Gruppe und Zeitschrift ***Arbeiterstimme***. Wir hatten auch eine Anzahl Altgenossen, meist aus der KPO, gewonnen und konnten so auch die finanzielle Basis herstellen. Besonders Isi Abusch hat für Jahrzehnte das finanzielle Fundament gelegt. Die Gruppe hatte nun, alters- und zahlenmäßig gestärkt, mehr Einfluss gewonnen. Wir konnten vor jedem 1. Mai vor den meisten Großbetrieben Nürnbergs unsere Flugblätter verteilen und den Anschein eines roten 1. Mai in Nürnberg aufrechterhalten. Von Gewerkschaftsseite wurde manches mitgetragen oder geduldet. Einige Funktionäre waren vor 1933 in der SAP gewesen. Der damalige DGB-Vorsitzende Ranzenberger war ein Zögling des KPO-Genossen Brechenmacher. Es gab in dieser Zeit viele Demonstrationen, die wir mittrugen und auch beim Zeitungsvertrieb konnten wir zulegen. Politisch hatte sich auch die Weltkarte ein Stück verändert; aber bald stellte sich heraus, dass dieser Linksruck auf zu schwachen Füßen stand. Die Stagnation im Ostblock, besonders in der Sowjetunion und in der DDR, ließen Hoffnungen auf Erneuerung im sozialistischen Sinn schwinden und in Westdeutschland ging die Aufnahmebereitschaft noch mehr zurück. Auch in der Gruppe wurden die Zweifel stärker, ob die Hoffnung auf eine sozialistische Perspektive in Deutschland noch angebracht sei. In der Gruppe ließ das Erkennen der Notwendigkeit einer theoretischen Arbeit mit marxistischer Herangehensweise zu wünschen übrig. Vielleicht konnte eine geteilte Schulung weiterhelfen. Nun gab es wöchentlich zwei Möglichkeiten: den meist unvorbereiteten Montagskreis mit allgemeinen Diskussionen, der die größere Besucherzahl auswies. Der Freitagskreis, dem ich angehörte, stellte die marxistische Schulung in den Vordergrund. Statt einer Annäherung beider Kreise stellte sich heraus, dass der Montagskreis wenig Fortschritte dabei machte, das marxistische Niveau zu erhöhen. So lief es in die falsche Richtung und die Ansprüche wurden noch mehr zurückgeschraubt. Es lief darauf hinaus, dass die Artikel an marxistischer Substanz einbüßten. Wir stellten uns dagegen und sahen die Gefahr, dass Gruppe und Zeitung ihren Hauptsinn dann verloren hätten. Die Auseinandersetzungen wurden immer schärfer und führten schließlich zur Spaltung der Gruppe. Weil diese auch in der ***Arbeiterstimme*** ausgetragen worden waren, konnten wir nach der Spaltung 1975 Zugang zu ganz neuen Mitkämpfern finden. Nach einiger Zeit anstrengender Bemühungen, wo die Gefahr bestand, dass für die Gruppe alles zu Ende ist, haben wir noch einmal einen Neuanfang fertiggebracht, mit Zuwachs aus der Oberpfalz und anderswo.

Der Charakter der jetzigen Gruppe ist etwas verschieden von früher. Wir haben nun mehr Akademiker in unseren Reihen, aber die Arbeiterstimme hat fast keine Arbeiter mehr. Wir haben weiterhin Beziehungen mit der Gruppe International Dorfen und auch seit einigen Jahren wieder mit der Gruppe Arbeiterpolitik, mit der wir auch Artikel austauschen. Was darüber hinaus geht, würde strukturell an unsere Grenzen stoßen. Trotz unserer personellen Schwäche meine ich: Auch wenn es mühsam ist, wir sind auf dem richtigen Weg!

Hans Steiger

Die Linke – ein Absturz mit Ansage

Die Partei Die Linke ist bei der Bundestagswahl 2021 gerade noch einmal an einer kompletten Katastrophe vorbeigeschrammt. Mit dem Ergebnis von 4,9 Prozent wäre sie an der 5 %-Hürde gescheitert, hätten nicht drei Direktmandate den Schaden begrenzt und ihr den Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke gesichert. Ihr Stimmenanteil hat sich gegenüber der letzten Bundestagswahl fast halbiert. In Westdeutschland erhielt sie noch 3,6 % gegenüber 7,2 % 2017. In Ostdeutschland votierten 10,1 % für die Linke gegenüber 17,3 % bei den letzten Bundestagswahlen. Bei Gewerkschafter:innen kommt Die Linke bei 5,2 % Verlusten auf 6,6 %. Sie liegt auch hier hinter der AfD mit 12,2 %.

Die Linke hat 640.000 Stimmen an die SPD und 480.000 Stimmen an die Grünen verloren. 320.000 ihrer ehemalige Wähler:innen haben gar nicht gewählt. Bei den Erstwähler:innen konnte Die Linke kaum punkten, Favoriten bei dieser Wähler:innengruppe waren Grüne und FDP.

Die „Aufarbeitung"

Gleich noch am Wahlabend machten sich manche Linkenpolitiker:innen auf die Suche nach den Gründen für das Wahldesaster, von Janine Wissler als einen Blick „tief in den Abgrund" kommentiert.

Kurz nach der Wahl standen dabei gegenseitige Schuldzuweisungen einzelner Personen, Gruppen oder Strömungen im Vordergrund. Von einer inhaltlichen und konstruktiven Aufarbeitung der Misere, die an die Wurzeln geht, war da noch nicht allzu viel zu verzeichnen. Die neuen Streitlinien innerhalb der Partei waren die alten geblieben, nur mit dem Unterschied, dass jetzt die jeweils anderen für das Wahldesaster verantwortlich gemacht wurden.

Der Thüringer Staatskanzleichef Benjamin-Immanuel Hoff twitterte, dass *„das Wahlergebnis nicht das Resultat eines verfehlten Wahlkampfes"* sei, sondern *„einer seit Jahren verschleppten strategischen Entscheidung, als sozialistische Partei klar für einen progressiven Gestaltungsanspruch in Regierungsverantwortung zu stehen"*. Im Klartext: Die politisch-programmatische Zurichtung der Partei für „Rot-Grün-Rot" im Bund hätte viel früher und noch viel rigoroser erfolgen müssen und Co-Chefin Henning-Welsow verkündete noch nach den ersten Prognosen am Sonntag, dass *„Die Linke weiter für eine Regierungsbildung zur Verfügung"* stehe.

Im Folgenden sollen einige Aussagen von verschiedenen Gruppen oder wichtigen Personen einen Einblick in den Stand der anfänglichen „Aufarbeitung" geben.

Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler weist Sahra Wagenknecht eine große Schuld an dem Ergebnis zu, die u.a. mit der Aufstehen-Bewegung eine Art Sektierertum der 70er Jahre betreibe und wirft ihr vor, *„vielleicht sogar mit offener organisatorischer Separierung oder gar Spaltung zu liebäugeln"*. In ihrem Buch „Die Selbstgerechten" sieht er eine Kritik des Kurses der verbindenden Klassenpolitik und der Wahlprogrammatik der Linken. Der Auseinandersetzung darüber schreibt Schindler den Verlust der Linken von ein bis zwei Prozentpunkten zu.

Migrantische Politiker fordern in einem offenen Brief (1. Oktober 2021) die Auseinandersetzung mit den Positionen von Sahra Wagenknecht zu führen, denn *„ihr inhaltliches Projekt und das ihrer Anhänger:innen ist rückschrittlich und zum Scheitern verurteilt."* Sie machen Wagenknecht verantwortlich für *„die massive Zerrissenheit in vielen Landesverbänden, für Parteiaustritte und* [sie sei] *der Grund, warum viele engagierte junge Menschen, die wir so dringend brauchen, nicht zu uns kommen"*. *„Das Projekt ‚Aufstehen' hat DIE LINKE über zwei Jahre beschäftigt und zur Spaltung und Lähmung der Partei beigetragen, zur Demobilisierung an der Basis und den dringend nötigen Parteiaufbau in Ost und West verhindert … Inhaltlich spalten die Thesen Wagenknechts unsere Wähler:innen in Lifestyle-Linke und hart arbeitende normale Menschen."* Sie sehen *„mit großer Sorge die Forderung von einigen Mandatsträger:innen, Sahra Wagenknecht wieder zurück in wichtige Ämter zu heben."*

Die Sozialistische Linke betrachtet das in ihrer Wahlanalyse andersherum: *„(…) der öffentlich ausgetragene Konflikt der letzten Jahre mit und um Sahra Wagenknecht, der vor allem viele Sympathisant:innen irritiert und uns schwer geschadet hat. Dabei sehen wir, dass Sahras Äußerungen und Publikationen zur Zuspitzung der Konflikte beigetragen haben und dass es eine Teilgruppe von Wähler:innen gibt, die deswegen DIE LINKE nicht gewählt haben. Dennoch gilt unseres Erachtens für die Gesamtbevölkerung, dass Sahra in einer herausgehobenen Position uns mit Sicherheit mehr Stimmen gebracht als sie uns auf der anderen Seite gekostet hätte."*

Sahra Wagenknecht und ihre Anhänger:innenschaft versuchten sich nach der Wahl in anderen Erklärungen: Das Scheitern liege an der mangelnden Bereitschaft der Partei, auf sie und ihre Thesen zu hören. Die beschlossene liberale Migrationspolitik, Klimaschutzpolitik oder Genderfragen seien schuld. Die Linke hat sich zu wenig um das Thema soziale Gerechtigkeit gekümmert.

Weil die Diskussion um die Person Sahra Wagenknecht so emotionalisiert in den Vordergrund gerückt wird, besteht natürlich die Gefahr, dass die eigentliche Problematik auf der Strecke bleibt.

Nachdem der erste Schock überwunden war, nahmen die Bemühungen um eine vorwärtsweisende Aufarbeitung zu. Auf allzu platte Schuldzuweisungen an das eine oder andere Lager wurde verzichtet und der Versuch gestartet, die Streitpunkte herauszuarbeiten, ohne sich dabei in Polemik und Schuldzuweisung zu verlieren. Es zeichnet sich das Bestreben ab, die Partei zu einen und inhaltlich voranzubringen. Einen Einblick in die Diskussion geben die Beiträge u.a. von Klaus Dörre, Bernd Riexinger und Jule Nagel, die auf der Homepage der Linken nachzulesen sind. (dazu später mehr)

Gründe für den Absturz…

… sind nicht nur in den parteiinternen Auseinandersetzung innerhalb der Linken zu suchen, sondern hauptsächlich in der Befindlichkeit und im

Bewusstseinsstand der Wähler:innen. Viele wollten bei der Wahl politisch „gestalten". Sie wollten einen Kanzler wählen, von dem sie sich eine etwas sozialere Politik erwarteten. Dazu genügte das Blinken der SPD nach links mit 12 € Mindestlohn und ähnlichem, aber in der Hauptsache wählten sie die Fortsetzung der Merkelschen Politik, die sie seit 16 Jahren kannten und mit der sie ja vermeintlich gut gefahren waren. Dafür stand für sie Olaf Scholz. Diese Kontinuität hätte R2G in ihren Augen nicht gewährleistet und deswegen kam für diese Gruppen die Wahl der Linken nicht in Frage. Eine Pelzwäsche, ohne sich nass zu machen.

Auch das Parteiausschlussverfahren gegen Sarah Wagenknecht im laufenden Wahlkampf hat Wähler:innen abgeschreckt, war es doch ein Zeichen für die Zerstrittenheit der Partei.

In Sachen Corona trug Die Linke die Regierungsmaßnahmen nahezu kommentarlos mit, nichts wurde in Frage gestellt, es gab keine Opposition. Die Eingriffe in die bürgerlichen Freiheiten und die teilweisen grundgesetzwidrigen Maßnahmen wurden geduldet. Die Genoss:innen, die hier anderer, abweichender Meinung waren, wurden angeprangert, da schwebte das Damoklesschwert Querdenker förmlich in der Luft. Von den anderen erwartete man es ja nicht, aber dass auch Die Linke in die obrigkeitsstaatliche Parole „Ich kenne keine Parteien mehr" miteinstimmte, hat sicherlich auch potentielle Wähler:innen abgehalten.

Die coronabedingt späte Wahl der neuen Parteivorsitzenden Jasmin Wissler und Hennig- Welsow hat ihnen den Wahlkampf erschwert, obwohl sich beide gut geschlagen haben und sie immer versucht haben, linke Inhalte deutlich zu machen.

Die Medien spielten in diesem Wahlkampf mit eine entscheidende Rolle. Das Wahlprogramm der Linken, mit Abstand das sozialste, klimaverträglichste und friedlichste, das auf dem Programmmarkt war, wurde nahezu nicht erwähnt. Wenn über die Linke berichtet wurde, dann ging es um den Austritt aus der NATO. Auch innerparteiliche Konflikte wie z.B. der um Sahra Wagenknecht wurden immer begierig aufgegriffen und breitgetreten. Im Gegensatz dazu wurde der Lindnerpartei FDP wieder und wieder unverhohlen das Wort geredet. Die Medien hatten außerdem nahezu kritiklos die von den Unionsparteien und der FDP befeuerte Kampagne vor der linken, sozialistischen Gefahr transportiert und sich so zu deren Sprachrohr gemacht.

Die Signale, die Die Linke an SPD und Grüne in Bezug auf eine Regierungsbeteiligung aussandte, haben ein Übriges getan.

Das Schielen nach Regierungsbeteiligung

Über das Bestreben der Ex-Vorsitzenden Kipping, die Partei auf Regierungsbeteiligung R2G einzuschwören, haben wir schon berichtet (Arsti 211). Das führte im Wahlkampf zu einem Andienen an SPD und Grüne dergestalt, so dass keine fundamentale Kritik an deren Inhalten geübt wurde, um sie nicht zu verprellen. Es wurde sogar signalisiert, dass über den Austritt aus der NATO noch lange nicht das letzte Wort gesprochen sei. Immer wieder war zwischen den Zeilen zu lesen, dass die dazu im Parteiprogramm verankerten Positionen ja so unveränderlich auch nicht seien und, wenn nötig, über Bord geworfen werden könnten. Nach dem desaströsen Scheitern des „Krieges gegen den Terror" in Afghanistan war die Linke nicht in der Lage, hier ihr Alleinstellungsmerkmal Friedenspolitik deutlich herauszuheben. Sie war die einzige Partei im Parlament, die den Krieg von Beginn an immer wieder angeprangert und dagegen Stellung bezogen hatte. Die Abstimmung über die katastrophale Evakuierung wurde benutzt, um der Linken eine verantwortungslose Haltung in die Schuhe zu schieben, obwohl es doch Union und SPD waren, die noch im Juni gemeinsam mit der AfD eine schnelle Evakuierung verhindert hatten. Auch das hat Die Linke Stimmen gekostet.

Wie weiter?

Direkt nach der Wahl hatte die Führung der Linken eine *„bedingungslose Analyse gefordert und eine Neuaufstellung der Partei"* angekündigt. Die Analyse ist ins Laufen gekommen, und wird teilweise auf der Homepage der Linken veröffentlicht. Im Folgenden werden einige der Beiträge auszugsweise vorgestellt.

Vorweg noch die Überlegungen von Geschäftsführer Jörg Schindler zum Ausgang der Wahl: *„Das Ergebnis ist die Höchststrafe, die es in der Politik gibt: Unter 5 Prozent bedeutet normalerweise politische Bedeutungslosigkeit, das ist die Todesstrafe für politische Parteien. Wir haben diese Strafe allerdings auf Bewährung erhalten und dürfen wegen drei Direktmandaten trotzdem als Fraktion im Bundestag vertreten bleiben. Ab jetzt haben wir vier Jahre Zeit zu zeigen, dass wir gesellschaftspolitischen Wert haben. Das ist unsere Bewährungsauflage. Eine Chance, die wir jetzt nutzen müssen. Sonst droht unausweichlich unser Tod."*

Wie könnte nun diese „Chance" genutzt werden?

Bernd Riexinger: *„Wir müssen auf unserem Kernfeld der sozialen Gerechtigkeit bleiben und es um die Klimagerechtigkeit erweitern. Wenn wir als DIE LINKE Lösungen für die verschiedenen miteinander verbundenen Krisen im Kapitalismus (Klimakrise, soziale und wirtschaftliche Krise, hegemoniale Krise) aufzeigen wollen, dann werden wir die Idee des sozialökologischen Systemwechsels weiterentwickeln und für unsere Außenwirkung prägend machen müssen. (…) Es besteht kein Grund, unsere Position zur NATO und zu Auslandseinsätzen aufzuweichen. Aber es besteht Bedarf an einer Verständigung über sinnvolle friedenspolitische Schwerpunkte. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Frage der Auflösung der NATO unter unseren Anhänger*innen umstritten ist, fast die Hälfte ist gegen einen Austritt. (…) Die Regierungsdebatte hat sich erst einmal erledigt. Wir machen jetzt vier Jahre Oppositionsarbeit. Wir brauchen auch die Debatten über den Sinn des Regierens nicht jedes Mal neu zu führen. Es ist weiterhin richtig, Regierungsfragen nicht nur an die Haltelinien zu binden (die verbindlich sind), sondern mit einem linken Reformprogramm zu verknüpfen. Also verbindliche politische Maßstäbe zu entwickeln, was wir mit einem Politikwechsel verbinden."*

Jule Nagel, Linken-Stadträtin in Leipzig und Mitglied des Sächsischen Landtages, spricht sich u.a. für eine Modernisierung der Außenpolitik aus: *„Die Linke ist die einzige Partei, die einen dezidiert friedenspolitischen Standpunkt hat und neue außenpolitische Bündnisse fordert und auf zivile Konfliktlösungen und Abrüstung orientiert.*

Die außen- und friedenspolitische Position der Linken muss allerdings dringend modernisiert und auf einen

stringenten, glaubwürdigen Nenner gebracht werden. Das heißt, dass tradierter Antiimperialismus und die verstaubte Denke einer zur USA alternativen sozialistischen Gegenmacht, deren Protagonisten dann von Kritik weitestgehend ausgenommen werden, dringend einer Generalkritik unterzogen gehört.

Die Linke braucht eine Selbstjustierung, programmatisch, methodisch und strategisch. Faule innerparteiliche Kompromisse, wie sie die jüngere Geschichte der Linken prägen, und zu einem inkonsistenten Bild der Linken führen, dürfen diesen Prozess nicht prägen.

Wir sollten die Zeit nutzen. Es ist dringend und existentiell."

Klaus Dörre hielt am 6. November ein Referat auf der Parteivorstandssitzung mit dem Titel: *„Schicksalswahl: Alles muss anders werden, ändern soll sich wenig. Die Linke muss die Nachhaltigkeitsrevolution mit dem Sozialen verbinden."* Dabei spricht sich Dörre für eine *„Erneuerung der sozialistischen Utopie"* aus. *„Dass Die Linke sich neu erfinden muss, ist ein schöner Satz. Die Frage ist nur, mit welchem Ziel. (…) Dies vor Augen, wird sich für die Linkspartei die Existenzfrage stellen. Als eigenständige politische Formation hat sie nur dann eine Zukunft, wenn sie – glaubwürdig und lebensnah – deutlich macht, dass eine Nachhaltigkeitsrevolution allenfalls erfolgreich sein kann, sofern mit der (ökonomisch-ökologischen) Zangenkrise zugleich der Kapitalismus überwunden wird. (…) Gut möglich, dass eine solche Linke auch an eingeschliffenen Parteigrenzen rüttelt, denn die alte Scheidelinie zwischen ‚reformistischer' und ‚revolutionärer' Linker ist unter den Bedingungen der Zangenkrise überflüssig. Sozialismus im 21. Jahrhundert ist ein gradueller Politikansatz. Alle Kräfte, die unter Bezeichnungen wie demokratische Postwachstumsgesellschaft, Gemeinwohlökonomie, Gesellschaft der Commons und so weiter nach einer Alternative zum Wachstumskapitalismus suchen, sind ihre natürlichen Verbündeten. Das unterscheidet eine sozialistische Formation von den systemaffirmativen Mehrheiten bei Grünen und SPD. In den Klimabewegungen, aber auch in den Gewerkschaften, den Umweltverbänden, bei antirassistischen und Frauenbewegungen kann ein ökologischer Sozialismus eine große Anhängerschaft finden. Darin, das zu erkennen, liegt die Chance, den Niedergang der Linkspartei zu einem produktiven Scheitern zu machen."*

Ekkehard Lieberam und Volker Külow haben ihre Kritik an der Linken in einem Artikel in der UZ (8.10.21) mit dem Titel *„Wild nicht erlegt – dafür Flinte verloren"* zusammengefasst: *„Als eine entschiedene Stütze des außerparlamentarischen Kampfes in den großen Bewegungen der vergangenen vier Jahre, im Kampf um bezahlbare Mieten, im Klimakampf ebenso wie beim Kampf der Prekären und Abgehängten um Lohn und Rente. (…) Die Linke hat versucht ihren Platz im Parteiensystem zu ändern. Sie hat sich von einer Partei der Opposition zur NATO und zum kapitalistischen System gewandelt zur ‚Regierungspartei im Wartestand'".* Die Hauptschwäche in der bisherigen Diskussion innerhalb der Partei ist nach den Autoren *„die Negierung der schon längst von marxistischen Köpfen wie Rosa Luxemburg und Wolfgang Abendroth gewonnenen Erkenntnisse über die politische Zähmung ehemals sozialistischer und systemoppositioneller Parteien mittels der außerordentlichen Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie."*

So viel zur inhaltlichen Aufarbeitung. Bei der Neuaufstellung der Partei hat sich dagegen noch nicht viel getan. Die Bundestagsfraktion setzt mit der Wahl von Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch als Vorsitzende auf ein klares „Weiter so". Die Mehrheit in der Fraktion besteht aus dem alten Hufeisenbündnis, gebildet von Reformern und dem linken Flügel, der Sahra Wagenknecht nahesteht. Der Parteivorstand wird dagegen von den eher aktivistisch ausgerichteten Bewegungslinken dominiert, Angehörige der Sozialistischen Linken, der Kommunistischen Plattform oder der BAG Hartz IV sowie von Cuba Si sind seit dem letzten Parteitag nicht mehr im Parteivorstand vertreten

Wie es um die Zusammenarbeit in der Fraktion bestellt ist, schätzt Katharina Dahme, Mitglied im Ko-Kreis der BAG Bewegungslinke, so ein: *„Da gibt's eine ganze Reihe von Leuten, die jetzt den Bundesgeschäftsführer oder Parteivorsitzende abschießen wollen, aber bevor dann die Luft auch für die Fraktionsspitze dünner wird, verhält man sich lieber (erstmal!) ruhig, um die eigenen Posten nicht zu gefährden. Es droht also munter so weiterzugehen in der Fraktion, wie es aufgehört hat: mit dem Hufeisen. Auf der Strecke bleibt dabei die Partei."* Sie spricht sich dezidiert für eine andere Diskussionskultur in der Partei aus, *„… insbesondere eine Fehlerkultur, die uns – das wird nach diesem schlechten Wahlergebnis besonders deutlich – komplett abhanden gekommen zu sein scheint. Es wäre jetzt wichtig, über Kritik und Fehler zu reden, weil wir nur besser werden, wenn wir aus dem Wahlkampf etwas lernen."*

Mit den inhaltlichen Differenzen zwischen Parteivorstand und Fraktion konstruktiv umzugehen wird eine der ersten, immens wichtigen zukünftigen Aufgaben der Linken sein.

Eventuell bringt ja der Zwang zur Zusammenarbeit der unterschiedlichen Lager eine Einigung, denn drei Austritte aus der Fraktion würden dazu führen, dass Die Linke den Fraktionsstatus verliert. Angesichts der Aufgaben, die auf Die Linke nach ihrem Selbstverständnis als sozialistische Partei zukommen, eine Notwendigkeit!

In diesem Sinn muss die Partei Die Linke einen Weg zu einer Kultur der wechselseitige konstruktiven Kritik und einem solidarischen Umgang der Genoss:innen untereinander finden, ansonsten wird die Partei in der Politikunfähigkeit und damit Bedeutungslosigkeit enden. Das würde für alle linken Gruppen, Strömungen und Parteien in Deutschland einen herben Verlust bedeuten. Zum Schluss sei mit einem Auszug aus der Präambel des Parteiprogramms noch einmal daran erinnert, wofür Die Linke angetreten ist: *„Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Freiheit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist, ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, in Europa und weltweit, mit Gewerkschaften und Bewegungen suchen wir nach alternativen Lösungen und gesellschaftlichen Alternativen. Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die wechselseitige Anerkennung der Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird. Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet."*

Dem ist nichts hinzuzufügen!

Die Bundestagswahl in Sachsen

Stärkste Kraft im Osten: AfD

Es war ein Paukenschlag. In ganz Ostdeutschland liegt die AfD bei den zurückliegenden Bundestagswahlen weit über dem Bundesdurchschnitt. In Sachsen schafft sie es sogar auf den ersten Platz. Die AfD erreicht hier 24,6 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen. Bei den Erststimmen liegt sie sogar noch darüber. Hier sind es 25,7 Prozent. Von insgesamt 16 Direktmandaten erhält sie damit 10. Bei den Wahlen 2017 waren es nur drei Mandate. Für die CDU kam das Wahlergebnis bei den zurückliegenden Wahlen einem Desaster gleich. 2017 hatte sie noch 12 Direktmandate. Jetzt sind es nur noch 4.

Es scheint so, als würden in Sachsen die Wähler anders ticken als im Rest der Republik. Die Zahlen klaffen im Vergleich zu anderen Bundesländern teilweise weit auseinander. Im Freistaat Sachsen hat die AfD klar vor der CDU die Wahl gewonnen, die Grünen liegen knapp über der Fünf-Prozent-Grenze. Bei den Zweitstimmen konnte die SPD deutlich zulegen. Im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl liegt sie auf Platz zwei – noch vor der CDU in Sachsen. Auch die Linke verliert dramatisch. Sie kommt auf 9,3 Prozent und verliert demnach gegenüber den vorangegangenen Bundestagswahlen 6,8 Prozentpunkte an Wählerstimmen.

Die AfD hat bei der Bundestagswahl in Sachsen vor allem auf dem Land viele Stimmen geholt. In den Städten Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Dresden lag sie allerdings deutlich hinter diesen Ergebnissen. Hier konnte sie auch keine Direktmandate holen.

Das beste prozentuale Ergebnis bei den Zweitstimmen bekam die AfD in Görlitz, dem Wahlkreis ihres Bundessprechers Chrupalla. Dort kommt sie auf 32,5 Prozent der Stimmen. In vielen Ortschaften dieses Wahlkreises lag die Partei bei den Zweitstimmen bei mehr als 40 Prozent. So sind es in der Gemeinde Neißeaue 47,4 Prozent!

Was zieht die Menschen zur AfD?

Über diese Frage wird schon längere Zeit in den Medien gerätselt. Warum wählen in Sachsen 15 Prozent der unter 25-Jährigen die AfD - im Bundesdurchschnitt waren es nur halb so viele? Warum ist diese Partei ausgerechnet für die Arbeitslosen und Arbeitern so attraktiv? Fragen über Fragen, auf die es sicherlich keine einheitliche und abschließende Antwort gibt

Diktatursozialisiert

Für den Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz (CDU), dagegen scheint die Sache klar zu sein. Er sieht bei vielen Ostdeutschen eine „vertiefte Grundskepsis“ gegenüber der Demokratie. Auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gäbe es Unterschiede in der politischen Haltung zwischen Ost und West. *„Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise (…) diktatursozialisiert sind“*, so Wanderwitz gegenüber der *Deutschen Presse-Agentur* (*DPA*). Daraus resultiere, dass die Ostdeutschen anfälliger sind für rechtsradikale Parteien. *„Das ist zwar eine Minderheit, aber die Minderheit ist größer als in den alten Bundesländern“*, sagte der CDU-Politiker der *DPA*. Ein Teil der Bevölkerung habe *„gefestigte nichtdemokratische Ansichten“*.

Wanderwitz stellt dann in seinem „Bericht Deutsche Einheit“ immerhin fest, dass der Osten wirtschaftlich noch immer dem Westen hinterherhinkt. Betrachten wir deshalb die ostdeutsche bzw. die sächsische Industrie genauer und kommen damit der Frage näher.

Es wurde abgewickelt

Derzeit gibt es in Sachsen 111.500 Unternehmen. Davon haben 98 Prozent weniger als 1.000 Beschäftigte. Das bedeutet, die sächsische Industrie besteht überwiegend aus kleinen „Krautern“. Das ist ein Strukturproblem, das schwer zu beseitigen ist. Nach der Übernahme der DDR-Betriebe durch westdeutsche Konzerne und mittelständische Unternehmen sind deren Firmenzentralen im Westen geblieben und die Standorte im Osten wurden im Grunde zu deren verlängerten Werkbänken. Aber immerhin gibt es sie noch. Viele DDR-Betriebe verschwanden aber durch die Politik der Treuhandanstalt und Bundesregierung für immer von der Bildfläche. Sie gingen in Konkurs, wurden stillgelegt oder an überwiegend westdeutsche Kapitalisten

verscherbelt. So wurde aus Sachsen, der Wiege des deutschen Maschinenbaus und der Textilindustrie, ein unterindustrialisiertes Bundesland mit vorherrschend kleinindustrieller Struktur. Das war von der Bundesregierung und dem westdeutschen Kapital so gewollt. Die Industrie der DDR sollte in eigenständiger Form nicht überleben, um nicht als Konkurrent gegen westdeutsche Konzerne auftreten zu können. So wurde Sachsen, eine hochindustrialisierte Region, abgewickelt, wie die ganze DDR abgewickelt wurde. An diesem Umstand leidet der Osten Deutschlands heute noch und daraus resultiert letzten Endes die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, die sich auch in den vorliegenden Wahlergebnissen ausdrückt.

„Blühende Landschaften"

Im Jahr 1990 hat der damalige Kanzler Helmut Kohl im Bundestagswahlkampf den Ostdeutschen „blühende Landschaften" binnen weniger Jahre versprochen. Betrachtet man heute die Städte im Osten, scheint das Versprechen eingelöst. Überall wurde neu gebaut und Altes renoviert. Aber das ist nur der Schein und der trügt bekanntlicherweise nicht selten. Durch die Abwicklung der DDR-Industrie sind heute die wirtschaftlichen Unterschiede erheblich. Zwar gibt es beispielsweise in Sachsen neue Industrieansiedlungen westdeutscher Automobilkonzerne und der Halbleiterindustrie, doch beeinflussen diese die kleinteilige Industriestruktur nur wenig. Das gilt insbesondere für die Einkommenssituation der ostdeutschen Werktätigen. In den Jahren 1991 bis 1996 erfolgte die erste Angleichung an das westdeutsche Entgeltniveau. Die Entgelte stiegen im Durchschnitt von 42 Prozent auf 67 Prozent. In dieser Epoche liefen die meisten Unternehmen noch unter der Regie der Treuhandanstalt. Und man kann deshalb die „großzügigen" Entgelterhöhungen gewissermaßen als Zugeständnis der Politik an die Werktätigen betrachten. Damit sollte die Abwicklung der DDR-Industrie relativ konfliktfrei ablaufen – was schließlich auch gelang. In den Folgejahren kam dann die Entgeltangleichung ins Stocken. Der Wert stieg nur noch geringfügig auf heute ungefähr 75 Prozent.

Der Osten wird abgehängt

Im Westen erhielten sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte 2019 ein mittleres Einkommen von 3.526 Euro brutto, in Ostdeutschland waren es 2.827 Euro. Das Entgelt in Westdeutschland lag somit um 24,7 Prozent höher als das der Ostdeutschen (Quelle: mdr, 14. März 21).

Das ist der Durchschnittswert. Betrachtet man aber die einzelnen Branchen, dann werden die Unterschiede noch krasser. So liegen die Entgelte beispielsweise in der Bekleidungsindustrie um 73 Prozent unter denen des Westens. Beim Auto-, Motoren-, Karosserie-, Anhänger- und Autoteilebau werden im Westen rund 45 Prozent höhere Entgelte bezahlt. Ebenso im Bereich des Maschinenbaus. Hier liegen die Entgelte im Westen um rund 44 Prozent über denen des Ostens.

Eine wichtige Ursache für die Entgeltunterschiede ist die deutlich geringere Tarifbindung in Ostdeutschland. Die entstand jedoch nicht zufällig. Sie wurde bewusst von den Unternehmern und ihren Verbänden vorangetrieben. Anfang der 90er Jahre waren praktisch alle Treuhandbetriebe tarifgebunden und die Belegschaften zu großen Teilen gewerkschaftlich organisiert. So konnte die IG Metall in Sachsen sogar einen dreiwöchigen Arbeitskampf führen, nachdem der sächsische Metallarbeitgeberverband die tarifliche Entgeltvereinbarung aufkündigte und diesen schließlich zwingen, sich an eine Angleichungs-Vereinbarung zu halten.

Mit der zunehmenden Privatisierung der Treuhandbetriebe ändert sich auch die relative Stärke der Gewerkschaften. Die neuen Besitzer der Unternehmen zeigten den Belegschaften, wer der „Herr im Hause" ist. In den meisten Fällen kam es zu organisatorischen Veränderungen, verbunden mit Abgruppierungen und Personalabbau. Auch kam es zu rechtswidriger Tarifflucht. Die „Herren" hielten sich einfach nicht mehr an den Tarifvertrag und machten Stimmung gegen die Gewerkschaften. Und die Belegschaften samt ihrer Betriebsräte nahmen das in den meisten Fällen hin. In einem Umfeld, geprägt von Massenarbeitslosigkeit, waren offensichtlich viele Werktätige bereit, an ihrem Arbeitsplatz Verschlechterungen hinzunehmen, wenn ihnen dieser dann im Gegenzug erhalten blieb. Das hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Gewerkschaften. Sie mussten zum Teil massive Mitgliederverluste hinnehmen.

Ein weiterer Mitgliedereinbruch – vor allem für die IG Metall – erfolgte im Jahr 2003. In dem Jahr versuchte die IG Metall durch einen Streik die Angleichung der Arbeitszeit im Osten durchzusetzen. Der Arbeitskampf wird zum Trauma für die Gewerkschaft. Deren Gegner sind nicht nur wild gewordene Unternehmer, die mit allen Mitteln den Streik brechen wollen, sondern so gut wie alle Medien, die Presse und große Teile der Politik. Sie schießen aus allen Rohren gegen die IG Metall und die Streikenden. Nach Meinung des sächsischen Ministerpräsidenten war der Streik damals gegen den „Aufbau Ost" gerichtet. Auch Kanzlerin Merkel mischte sich ein. Für sie ging *„die Entwicklung angesichts der Gefährdung vieler Arbeitsplätze im Metallbereich in Ostdeutschland wirklich dramatisch in die falsche Richtung"* und sei *„nah an einem Skandal."*

Nun kann man von einer Person wie Merkel im Grunde nichts anderes erwarten als diese dümmliche Mäkelei.

Etwas anderes allerdings ist es, wenn Betriebsräte und IG Metall-funktionäre über die Medien öffentlich in dieselbe Kerbe hauen. Dies geschah, als im Westen in der Automobilindustrie der Streik begann Wirkung zu zeigen und dort die ersten Bänder standen.

Der innergewerkschaftliche Konflikt eskalierte in der Folgezeit und schließlich bricht der damalige Vorsitzende Klaus Zwickel nach vierwöchigem Kampf den Streik ab. Eine noch nie dagewesene Maßnahme in der Geschichte der Metallgewerkschaft. Die Funktionäre und Streikenden erfahren davon über die öffentlichen Medien. Entsprechend sind die Reaktionen. Was folgt, ist eine Schlammschlacht sondergleichen innerhalb der Organisation und bei den ostdeutschen Werktätigen die Erkenntnis, dass man sich auch in-

nerhalb der Gewerkschaft der Solidarität der westdeutschen KollegInnen und Gewerkschaftsstrukturen nicht sicher sein kann. Bei nicht wenigen IG Metall-Mitgliedern führte das zum falschen Rückschluss, die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften zu kündigen.

Schwache Gewerkschaften

Die Schwäche der Gewerkschaften zeigt sich heute auch am prozentualen Anteil der Beschäftigten, die in einem tarifgebundenen Betrieb arbeiten. Zwar hat die Tarifbindung in der ganzen BRD aufgrund der neoliberalen Offensive des Kapitals in den zurückliegenden Jahren abgenommen, aber in Westdeutschland liegt die Tarifbindung immerhin noch bei 57 Prozent (Stand: Mitte 2017). In Sachsen dagegen erhalten gerade noch 39 Prozent der Werktätigen eine Entlohnung nach einem Tarifvertrag. In den übrigen ostdeutschen Bundesländern sieht es ein wenig besser aus. Dort liegt die Tarifbindung im Durchschnitt bei 46 Prozent. Aber mit 39 Prozent sind die Sachsen mit Abstand das Schlusslicht in Deutschland.

In engem Zusammenhang mit dem Problem der Tarifbindung steht das Problem der betrieblichen Interessenvertretung. Viele, vor allem kleine und mittlere Betriebe, sind betriebsratslos. Und dort, wo Beschäftigte einen Betriebsrat gründen wollen, wird eine Wahl oft mit kriminellen Mitteln behindert und häufig auch verhindert. Union Busting ist eine gängige Erscheinung. Nach Aussagen des DGB Bezirks Sachsen ist davon jede dritte Initiative zu einer Betriebsratswahl betroffen. Gibt es in einem Betrieb keinen Betriebsrat, hat das nicht nur die Konsequenz, dass die Beschäftigten schutzlos der Willkür eines Unternehmers ausgesetzt sind, sondern auch, dass der Betrieb für eine Gewerkschaft schwer erreichbar ist. Für eine Gewerkschaft ist der Betriebsrat der Zugang zum Betrieb. Über ihn erreicht sie ihre Mitglieder und kann neue Mitglieder gewinnen. Über ihn hat sie die Möglichkeit, die Belegschaft auf Betriebsversammlungen zu agitieren und auf eine Tarifauseinandersetzung vorzubereiten. Fehlt die Grundvoraussetzung „Betriebsrat", heißt das:

kein Betriebsrat – keine Gewerkschaft – kein Tarifvertrag!

Es hat sich nichts geändert

Der *MDR* versuchte am Tag nach der Bundestagswahl eine Erklärung für den Wählererfolg der AfD in Sachsen zu finden. Unter anderem interviewte er einfache Menschen auf Sachsens Straßen. Eine Frau aus Delitsch meinte: *„Die Leute wollen, dass sich etwas ändert. Deshalb haben sie die AfD gewählt – nicht, weil die so toll ist, sondern weil sich einfach etwas ändern soll"*. Und ein Passant in Crostwitz in der Oberlausitz sagt:: *„Innerhalb von 30 Jahren hat sich seit der Wende für den Osten nichts geändert. Lohnmäßig gar nichts"*. Auf solche und ähnliche Meinungen trifft man in Sachsen und im ganzen Osten häufig. Sie sind geprägt von der sozialen Lage der dort lebenden Menschen. Sie verdienen noch immer deutlich weniger als Westdeutsche, haben längere Arbeitszeiten; die Renten sind niedriger und die Arbeitslosigkeit ist höher als im Westen. Eine Mehrheit der Menschen ist der Ansicht, dass es in Deutschland *„eher ungerecht zugeht"*.

Aus dieser sozialen Ungleichheit entsteht Frust und Wut. Und für viele scheint das einzige Mittel, dies zum Ausdruck zu bringen, zu sein, bei der Wahl das Kreuz bei der AfD zu machen. Man will es *„denen da Oben"* zeigen.

Natürlich beruhen die Wahlerfolge der AfD nicht nur auf der sozialen Lage eines großen Bevölkerungsanteils in Sachsen und Ostdeutschlands. So ist beispielsweise in Sachsen die NPD im Jahr 2004 und 2009 in den Landtag eingezogen. Im Jahr 2004 erreichte sie mehr als 9 Prozent der Stimmen. Das zeigt, dass in den zurückliegenden fast 20 Jahren ein stabiler brauner Wählerstamm herangewachsen ist. Der ist inzwischen bei der AfD gelandet. Hinzu kommen diejenigen, die in den zurückliegenden Jahren die PDS bzw. die Linkspartei gewählt haben. Sie haben das politische Lager gewechselt, weil ihnen die Linke inzwischen zu etabliert ist, sich nicht wesentlich von den anderen Parteien unterscheidet.

Die Wähler der AfD, die aus dem Lager der Lohnabhängigen kommen, unterliegen einem großen Irrtum. Der besteht darin, dass sie meinen, es müsse jemanden geben, *„der es für sie richtet"*. Der dafür sorgt, dass die vorhandenen Defizite verschwinden, der für die Angleichung der Verhältnisse sorgt. Einen solchen „Jemand" gibt es aber nicht und wird es nicht geben. Soll sich etwas zum Positiven verändern, kann das nur durch die Werktätigen selbst geschehen. Die Konfliktlinien laufen nämlich nicht zwischen Ost und West, zwischen Deutschen und Migranten, sondern immer noch zwischen Kapital und Arbeit. Will man höhere Entgelte und damit die Angleichung an Westverhältnisse, muss man die Unternehmer im Osten dazu zwingen. Dasselbe gilt für kürzere Arbeitszeiten, für Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Wie das geht, hat die zurückliegende Tarifrunde der IG Metall gezeigt. Nach mehreren 24-Stunden Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie wurde vereinbart, dass betrieblich über die Arbeitszeit verhandelt wird. Erste Ergebnisse liegen jetzt vor. In allen Automobilbetrieben in Sachsen ist inzwischen der Einstieg in die 35-Stundenwoche vereinbart. Ohne solidarisches, gemeinsames Handeln der Belegschaften wäre das nicht geschehen. Das gleiche gilt auch für die Erfolge der NGG bei den Firmen „Bautzener Senf" oder „Teigwaren Riesa". Auch dort gibt es heute Tarifverträge, die die Lücke zum Westlohnniveau schließen. Auch dort war es nur durch den Druck der Belegschaft möglich, die sich in ihrer großen Mehrheit entschlossen hatte, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Durch diese positiven Beispiele werden die sozialen Verhältnisse in Sachsen natürlich nicht grundsätzlich verbessert. Aber immerhin zeigen diese Beispiele, dass Veränderungen möglich sind. Nichts muss bleiben wie es ist. Und sicherlich sind sich die Gewerkschaften dessen auch bewusst und arbeiten weiter in mühseliger Kleinarbeit daran, möglichst viele KollegInnen zu erreichen und zu organisieren. Sind sie in dieser Arbeit erfolgreich, hat das Auswirkungen auf das Bewusstsein der Werktätigen. Erfolge einer Belegschaft, gemeinsam errungen mit ihrer Gewerkschaft gegen ein mächtiges Unternehmen, steigern das Selbstwertgefühl und den Zusammenhalt der abhängig Beschäftigten. Und sicherlich verändert sich ihr Blick auf die AfD. Ihre soziale Demagogie wird nicht mehr wirksam sein.

Einige wichtige Entwicklungen der jüngsten Zeit in Großbritannien

Demonstration gegen den angeblichen Antisemitismus von Corbin

Der Klimagipfel COP in Glasgow wurde teilweise überschattet von Korruptionsvorwürfen hauptsächlich gegen Abgeordnete der Tories. Es wurde publik, dass Owen Paterson, ein Ex-Minister und Freund von Johnson, eine Menge Geld für seine Lobbyarbeit von Firmen erhielt, die Verträge mit der Regierung anstrebten. Es erwies sich, dass er gegen die Regeln verstoßen hatte, aber Johnson intervenierte und versuchte, diese zu ändern. Er schaffte das und bekam auch eine Mehrheit dafür, aber das verursachte so viel Ärger, vor allem bei den von den Tories dominierten Medien, dass er am Ende seinen Vorschlag zurückzog.

Dann zeigte sich, dass andere Abgeordnete große Geldbeträge für Tätigkeiten außerhalb des Parlaments einstrichen. Der skandalöseste Fall war der des Anwalts Sir Geoffrey Cox, der ungefähr eine Million Pfund im Jahr verdient. Zur Zeit lebt er in einer Luxusvilla auf den Britischen Jungferninseln, deren Regierung er gegen Korruptionsvorwürfe der britischen Behörden vertritt. Im Parlament oder in seinem Wahlkreis im ländlichen Devon sieht man ihn selten. In Folge dieser Veröffentlichungen kam heraus, dass einige Abgeordnete Aufwandsentschädigungen erhielten, damit sie in London eine Wohnung mieten konnten, während sie ihren eigenen Besitz vermieten. 2009, in der Regierungszeit von Blair, erregten Spesenforderungen von Abgeordneten schon einmal öffentliche Aufmerksamkeit. Es stellte sich heraus, dass sich eine Anzahl von ihnen von ihren Aufwandsentschädigungen ein zweites Haus kaufte. Etliche von ihnen landeten wegen der zu Unrecht beantragten Gelder im Gefängnis. Meinungsumfragen zeigen, dass 50 % der Wähler glauben, dass Johnson und seine Partei korrupt sind. Labour, das von den Medien für seine ineffektive Oppositionsarbeit kritisiert wird, ist inzwischen in Führung gegangen.

Starmer, der nach der Wahlniederlage im Dezember 2019 von den Parteimitgliedern zum Parteichef gewählt wurde, gab vor, er würde die sozialistische Politik von Corbyn fortsetzen, aber ohne diesen. Seitdem hat er deren Grundsätze verlassen, einschließlich der Forderung nach Nationalisierung des Eisenbahn- und Postwesens, des Energiebereichs und der Wasserversorgung. Diese Forderungen sind in der Öffentlichkeit sehr populär. Beim Parteikongress der Labour Party versuchte er, die Regeln zu ändern: Er wollte das Prinzip „ein Mitglied, eine Stimme" bei der Wahl zum Parteiführer wieder abschaffen. Damit wollte er verhindern, dass ein Mensch von der Art Corbyns gewählt wird und zum alten Wahlkollegium zurückkehren. Damals stand den Labour-Abgeordneten ein Drittel der Stimmen zu, ebenso den Gewerkschaften und den Parteimitgliedern. Dieses Vorhaben wurde nicht angenommen, aber die Regelungen, die es den Mitgliedern erlauben, Abgeordnete, mit denen sie unzufrieden sind, abzusetzen, wurden so geändert, dass dies jetzt schwerer geworden ist.

Ein neuer Generalsekretär, ein Rechter, war eifrig dabei, in mehreren aufeinanderfolgenden Wellen Linke unter dem Vorwurf des „Antisemitismus" auszuschließen. Der bekannte Filmregisseur Ken Loach („Kes" und „Land and Freedom" sind nur zwei seiner mit Preisen ausgezeichneter Filme.) wurde dann ausgeschlossen, da er es unterließ, diese Ausschlüsse gutzuheißen. Starmer ist mittlerweile von Parteioffiziellen aus der Ära Blair und Brown umgeben. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass Starmer zu der Politik von Blair zurückkehrt, da diese bei den Labour-Wählern diskreditiert und unpopulär ist, wie auch der Mann selber. Aber Starmer scheint nicht zu wissen, wohin er geht; daher weiß die Öffentlichkeit auch nicht, wofür Labour derzeit steht. Der Korruptionsskandal bei den Tories hilft ihm in dieser Lage jedenfalls.

In der Regierungszeit von Blair ist die Mitgliederzahl von Labour dramatisch gefallen. 2015, nach der Niederlage bei der Parlamentswahl unter Ed Milliband, hatte sie einen Tiefpunkt von 221.247 erreicht. Aber Mitte 2016, nach der Wahl von Corbyn zum Parteiführer, betrug sie über 500.000 und sie stieg weiter mit der Einführung der „registrierten Unterstützer", einer Kategorie, die von Milliband eingeführt wurde, auf etwa 800.000. Sie stieg dann noch weiter an, so dass die Labour Party die größte sozialdemokratische Partei in Europa wurde. Unter der Parteiführung von Starmer ist die Mitgliedschaft dramatisch gesunken.

Jeder, der Israel, das in letzter Zeit weit nach rechts gerückt ist, oder den Zionismus, ein koloniales Projekt, kritisiert, wurde als „antisemitisch" bezeichnet, ungeachtet der Tatsache, dass manche, wie etwa Corbyn, ihr Leben lang den Rassismus in allen Spielarten bekämpft haben. Ganz klar ist zu erkennen, dass nach der Wahl von Corbyn zum Parteichef von Labour eine Kampagne geplant wurde, um ihn zu diskreditieren. Der Dokumentarfilm von Al Jazeera mit dem Titel „The Lobby", der im Januar 2017 erschien, entlarvte den israelischen Diplomaten Shair Masot, der von seinen Aktivitäten erzählte, um Abgeordnete des britischen Unterhauses zu ersetzen, die kritisch gegenüber Israel waren. Zwei Spitzenpolitiker der Tories wurden erwähnt. Er hatte viel Geld zur Verfügung, arbeitete mit den „Labour Friends of Israel" (LFI) zusammen und gründete andere proisraelische Organisationen. Nach den Enthüllungen mußte er das Vereinigte Königreich verlassen.

Labour-Abgeordnete, die mit LFI in Verbindung standen, beklagten sich über den weitverbreiteten Antisemitismus in der Partei und dass Jeremy Corbyn das erlaube. Er war das Hauptziel. Eine Labour-Regierung unter Führung von Corbyn würde, bei seiner wohlbekannten Unterstützung der palästinensischen Sache, nicht unkritisch Israel gegenüber sein. Rechte Abgeordnete mit Verbindungen zu LFI begannen, örtliche Aktivisten, die kritisch gegenüber Israel und seinem Verhalten sind, und ihre Aktionen als antisemitisch zu denunzieren. Einige dieser Abgeordneten waren in ihren Wahlkreisen unbeliebt, das wussten sie auch; die Aktivisten wollten sie absägen. Besonders zwei von ihnen sahen einer Absetzung entgegen, das waren Luciana Berger und Louise Ellman in Liverpool, die nicht von den Mitgliedern bestimmt, sondern von oben eingesetzt worden waren. Beide beklagten sich darüber, dass sie tyrannisiert würden und über den Antisemitismus; aber bevor sie abgesetzt werden konnten, verließen sie die Partei. Ihre Anschuldigungen behandelten die Medien so, als ob es Tatsachen seien, ebenso wie andere politische Parteien und die Labour-Rechte. Corbyn übernahm damals eine Parlamentariergruppe, die einer antikapitalistischen Politik feindselig gegenüberstand; nur eine Minderheit unterstützte ihn. Zu Beginn des Wahlkampfs luden die seriösen Nachrichtensendungen und die aktuellen Magazine der *BBC* nicht nur verschiedene Juden ein, die gegen Corbyn sind, um ihre Sicht darzustellen, sondern auch einige Juden, die ihnen entgegneten. Es waren sogar Rabbis darunter und orthodoxe Juden, die in Opposition zum Staat Israel stehen; aber nach und nach hörte das auf und es setzte sich die Ansicht durch, Labour sei ernsthaft vom Antisemitismus infiziert. Es gab eine Handvoll Leute, die eine Theorie übernahmen oder entwickelten, dass die Juden die Medien besitzen und die Entwicklung der Welt kontrollieren. Eine kleine Anzahl ging zu weit in ihrer Kritik an Israel oder am Zionismus; aber sie waren imstande, sich selbst zu korrigieren. Die große Mehrheit derer, die des Antisemitismus beschuldigt wurden, hatten nur Israel für sein Verhalten den Palästinensern gegenüber kritisiert.

Die Israel-Lobby im Vereinigten Königreich setzte Labour unter Druck, die Antisemitismus-Definition der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance), zu übernehmen. Ursprünglich hatte Labour diese ohne die Teile übernommen, die automatisch jede Kritik an Israel als antisemitisch definieren. Kenneth Stern, der die Definition der IHRA verfasst hat, äußerte 2017 vor dem US-Kongress, dass diese eigentlich als Werkzeug gedacht war, um Daten zu sammeln, und nicht dafür, jeden Kommentar zu Israel für antisemitisch zu erklären. Er erklärte dem Kongress weiterhin, die Definition werde genutzt, um Debatten über Israel in öffentlichen Veranstaltungen und in akademischen Einrichtungen zu verhindern. Die Zeitung „*i*" berichtete am 10. November, dass in Großbritannien jetzt 216 Universitäten und andere Hochschuleinrichtungen die Definition der IHRA übernommen haben. Der letzte Satz des Artikels lautet: *„Einige Leute haben argumentiert, dass sie die Kritik an Israel einschränken könnte."* Genau das ist ja die Idee!

Es war hauptsächlich die Meinungsänderung der Labour Party zum Brexit, die zur Wahlniederlage 2019 geführt hat. Diese hat ihr die Wähler in den deindustrialisierten Regionen entfremdet. Ältere Menschen erinnerten sich an das Leben vor der EU, als das Essen billiger war, vor allem Fleisch und Fisch; von diesem wurde immer mehr importiert. Corbyn wollte die EU verlassen, wie auch die Labour-Linke allgemein, um eine sozialistische Politik einzuleiten, weil die EU ein neoliberales Projekt geworden war. Mitglieder von Labour und vor allem Jüngere favorisierten einen Verbleib in der EU, da sie sie in einem positiveren Licht sahen. Corbyn wurde gezwungen, seine Politik in eine Richtung zu verändern, die von Starmer entwickelt worden war: ein neues Referendum mit der Option, auch für einen Verbleib zu stimmen. Die politische Ausrichtung, für die der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis warb, wäre besser gewesen: innerhalb der Staaten der EU für eine Reform und wirkliche Demokratisierung zu kämpfen! Als Corbyn zurücktrat, wurde Starmer, der Architekt der Niederlage, von den Mitgliedern zum Parteichef gewählt, die vermutlich dachten, er sei tatsächlich ein Linker. Labour könnte ein neues Referendum ansetzen, wenn sie die Tory-Regierung ablösen. Eine kürzlich durchgeführte Meinungsumfrage ergab eine kleine Mehrheit für einen Wiederbeitritt zur EU.

Inzwischen wird Corbyn, obwohl er Mitglied von Labour ist, von Starmer von der Fraktion ferngehalten. Er hofft, verhindern zu können, dass dieser wieder als Abgeordneter für Labour gewählt wird. In einem Artikel in der Zeitung „*i*" am 18. 11. wirbt Corbyn für eine Klimapolitik und eine Reihe von politischen Maßnahmen, die die Energieversorgung und Vergleichbares unter öffentlichen Einfluss bringen, genauso wie für den Kampf gegen die Armut und für Sicherheit am Arbeitsplatz. Diese Punkte wurden schon 2019 und dann wieder 2021 verabschiedet. Er appelliert an Starmer, die Tories zu bekämpfen und nicht Mitglieder von Labour. Er verweist auf den Verlust von Mitgliedern und von finanzieller Unterstützung der Gewerkschaften. Einige davon trennen sich sogar von der Partei. Wir werden sehen, ob Starmer Corbyns Ratschläge beherzigt. Ich bezweifle das.

m.j. (19/11/21)

Kuba im Juli 2021

Frust oder Konterrevolution?

Foto: Ismael Francisco/Cubadebate/ Flickr (CC BY-NC-SA 2.0)

1. Mai 2021 in Havanna

Es ist ein etwas anderes, verwirrtes Kuba. Diejenigen, die sich noch an die Zeiten erinnern, als riesige Menschenmengen den Revolutionsführern bei längeren oder kürzeren Reden zuhörten, um anschließend den Tag mit einem Volksfest zu begehen, wären dieses Mal sehr ernüchtert gewesen. Es gab nicht den berühmten Wettbewerb der Provinzen, um sich mit besonders guten Leistungen in allen Bereichen den Sitz für die Hauptveranstaltung zu sichern. Bei den Lieferproblemen für Rohstoffe, Ersatzteile und stillgelegten Industriezweigen insbesondere bei allem was mit Tourismus zu tun hat, wären die Wettbewerbsbedingungen auch äußerst verzerrt gewesen. Es gab auch keine allgemeine Beflaggung. Früher hängten die Leute spontan Flaggen aus den Fenstern, dieses Mal waren zumindest in Havanna fast nur die offiziellen Gebäude beflaggt, es gab auch keine Rede zum 26. Juli, stattdessen betätigte sich der Präsident mit der Schubkarre und Rechen und Spaten zusammen mit jungen Leuten in der Landwirtschaft.

Die Leute sind erschöpft und haben das, was am 11. und 12. Juli geschehen ist, noch nicht verkraftet. Diese Welle brutaler Gewalt hat sie erschüttert. Immer wieder kann man hören, dass es ja in Ordnung sei, dass Leute gegen etwas protestieren, aber doch nicht so etwas. Umgestoßene Autos, geplünderte Läden, zerschlagene Schaufenster, Menschen, die mit blutigen Köpfen herumliefen, weil sie von Steinen getroffen wurden, Mütter, die auf der Kinderstation mit ihren Kindern vor Steine werfenden Horden Zuflucht in Baderäumen und unter den Betten suchten – das war nicht das Kuba, das sie kennen: Das ruhige, friedliche Land, in dem man sich gegenseitig hilft, aber nicht bekriegt.

Wie konnte es dazu kommen? Dass Leute unzufrieden und zermürbt sind und protestieren? Mehr als verständlich. Die Menschen haben mit welchen Blessuren auch immer die Sonderperiode überstanden, allein dafür hätte jede Kubanerin und jeder Kubaner einen Orden verdient. Dann ging es endlich aufwärts, die Lage entspannte sich, die Touristen kamen, kleine Industriezweige entstanden, viele Leute vermieteten, viele wurden von ihren Verwandten aus den USA unterstützt – bei allen Ungleichheiten, auch durch die doppelte Währung, blickte man optimistisch nach vorne. Die Blockade gab es zwar immer und insbesondere die finanzielle Verfolgung mit der daraus sich ergebenden Sanktionierung der Banken behinderte weiterhin eine normale wirtschaftliche Entwicklung, aber die letzten Parteitage hatten Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, mit deren Umsetzung begonnen worden war. Dann kam Trump mit seinen 243 Maßnahmen, die Verfolgung der Öltanker, die Einstellung der Überweisungen aus den USA, keine Kreuzfahrtschiffe mehr und zum Schluss der Amtszeit als Sahnehäubchen kam Kuba wieder auf die Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen. Das hat dann auch noch der letzten Bank und dem letzten Handelspartner Angst eingejagt, denn das Risiko, mit „Terroristen" Geschäfte zu machen, war ihnen zu hoch.

Die wichtigste Einnahmequelle – der Tourismus – ist praktisch völlig weggebrochen. In Sichtweite rechts von unserer Terrasse liegt das leere Melia Cohiba und links ein riesiges Hotel, gerade fertiggestellt und ebenfalls leer. Zur Bekämpfung der Pandemie müssen Unmengen an Geld ausgegeben werden und es gibt wenige Einnahmequellen.

Die Folgen sind eine unendliche Knappheit an allem. Wenn wir morgens zur Arbeit fahren, sieht es immer so aus, als ob eine Demonstration stattfände. Das sind aber nur Hunderte Leute, die sich für das Schlange stehen vor den diversen Geschäften sortieren. Die Kubaner haben eine Wissenschaft entwickelt, wie man möglichst effektiv möglichst viele Produkte bekommen kann. Man „markiert" in der Schlange für Öl, merkt sich die Vorder- und Hinterleute und gibt diesen bekannt, dass man wiederkomme. Dann geht man zur Schlange für Hühnchen und markiert dort auch. Man muss alles immer im Auge behalten, denn wenn die Vorder- und Hinterleute verloren gehen, hat man Pech gehabt. Das Ganze findet in der Regel so gegen fünf Uhr morgens statt. Ich erzähle das nur, um einen Eindruck zu vermitteln, welchem Stress die Leute ausgesetzt sind. Dabei muss man sagen, dass die Schlangen an den Agros, also den diversen Märkten, nicht vorhanden oder überschaubar sind. Die normalen Käufe über Libreta einmal im Monat (Reis, Öl, Bohnen, Zucker etc. und Eier) laufen auch ohne größere Umstände ab. Aber wehe, es gibt Kartoffeln auf Libreta: Genauso wie die Eier gibt es sie nur auf Libreta und dann kriegt, wenn nicht genügend vorhanden sind, auch nur der frühe Vogel den Wurm.

Dieses ganze Szenario der endlos langen Schlangen ist natürlich auf COVID-19 zurückzuführen. Wenn immer nur ganz wenige Leute in die Läden dürfen, dauert es entsprechend länger und man muss sich das alles bei 30 Grad im Schatten vorstellen. Wir haben schon ein paar Mal kurz vor dem Ziel schlapp gemacht. Man muss aber immer wiederkommen, da es ja immer nur bestimmte Produkte gibt. Wenn man dann erfährt – und ich weiß bis heute nicht genau, wie das immer jeder weiß –, dass Waschmittel oder

Kondensmilch, darauf stehen die Kubaner, reingekommen sind, muss man wieder ran.

Nun gab es Ende Juni zu allem Unglück auch noch eine Havarie in einem großen Elektrizitätswerk. Der große Heizkessel war defekt und die Reparatur dauerte. Die Folge waren 6–12-stündige Stromabschaltungen in bestimmten Bezirken. Stromabschaltungen sind nun etwas, das man unter allen Umständen zu vermeiden versucht, weil man weiß, wie die Bevölkerung darunter leidet und welche schlimmen Erinnerungen an die Sonderperiode wieder hochkommen. Aber dieses Mal ging es wohl nicht anders, auch wenn die Reparaturarbeiten 24 Stunden am Tag liefen. Nun ist es so, dass man hier, wenn es keinen Strom gibt, man natürlich keinen Ventilator und kein Fernsehen hat und die Fluchtmöglichkeiten sind in COVID-Zeiten äußerst karg, denn auf der Maleconmauer zu sitzen, ist nicht erlaubt. Aber man hat in der Regel auch kein Wasser. Das Wasser wird hier zu bestimmten Zeiten in die Leitung gepumpt und dann braucht man einen Motor, der es von der Zisterne in die Tanks pumpt, die jede Familie auf dem Dach oder im Hof hat. Wenn es keinen Strom gibt, kann der Motor nicht arbeiten und die Tanks bleiben leer.

Ich möchte dem Leser der CL damit nur vermitteln, dass es gut zu verstehen ist, dass es den Menschen manchmal zu viel ist, sie erschöpft sind und es verständlich ist, dass sie ihrem Unmut einmal Luft machen. Das, was aber am 11. und 12. Juli passiert ist, war vielleicht zu Beginn ein solch verständlicher Protest, aber alles was danach kam, war von außen geplant. Wie könnte man sonst erklären, dass es praktisch zeitgleich in vielen Städten des Landes ebenfalls zu Unruhen kam?

In unserem Stadtviertel war nichts davon zu merken und wir haben in aller Seelenruhe die Live-Übertragung des Endspiels der Europameisterschaften gesehen, als plötzlich das Spiel unterbrochen wurde und man uns sagte, der Präsident habe eine wichtige Mitteilung zu machen. Da waren wir natürlich ziemlich geschockt, aber da bei uns nichts lief, brachte es nichts auf die Straße zu gehen, um die Revolution zu verteidigen. Also haben wir das Fußballspiel zu Ende gesehen.

Am nächsten Tag kam es wohl an manchen Orten noch zu vereinzelten Protesten, aber dann war wieder Ruhe im Land. Jetzt gilt es herauszufinden, was die Ursachen dafür war, dass sich Leute den ganz offensichtlich durch Rädelsführer initiierten Protesten angeschlossen haben. Denn wie Präsident Miguel Diaz Canel feststellte, seien dies nicht alles Konterrevolutionäre gewesen. Neben den oben aufgeführten Gründen, spielte dabei sicherlich die wegen COVID-19 verordnete „soziale Distanz" eine Rolle. Der Mensch ist ein soziales Wesen und ein System wie der Sozialismus kann, wie der Name schon sagt, nicht ohne das Miteinander der Menschen bestehen. Ohne 1.-Mai-Demos, ohne CDR-Treffen, ohne den Austausch am Arbeitsplatz und bei Kulturveranstaltungen kommt das soziale Leben und auch der revolutionäre Spirit, in dem man sich normalerweise gegenseitig animiert, etwas zum Erliegen und das ist für die Revolution sicher nicht ungefährlich. Es wurde hier versucht, die jungen Leute im Kampf gegen COVID zu mobilisieren und das war auch durchaus erfolgreich. Tausende gingen von Haus zu Haus, um gesundheitliche Befragungen durchzuführen, brachten vulnerablen Personen Lebensmittel, halfen in Krankenhäusern aus und waren voller Begeisterung dabei. Wie immer in solchen Fällen erreicht man aber damit nicht alle. Andere erduldeten die lange Zeit ohne die Schule besuchen zu können, langweilten sich, weil keine Feten oder Konzerte oder irgendetwas Gemeinschaftliches stattfinden durfte und gaben sich dem Frust hin. Da war so eine Aktion auf der Straße auch etwas, um die Monotonie des Alltags zu durchbrechen – endlich mal was los – und entwickelte eine Eigendynamik. Ich bin nicht diejenige, um das zu beurteilen, ich konnte nur sehen, wie aufgeregt und mit welcher Begeisterung die Jugendlichen vor unserem Haus über ihr Handy die Vorkommnisse verfolgten.

Die Drahtzieher und die Propaganda in den Medien

Während Kuba noch etwas in Schockstarre verharrte, konnte man das über die Drahtzieher der Unruhen nicht sagen. Ihre Kampagnen waren bestens vorbereitet und für ihre Verbreitung standen Millionen von Dollar bereit und sie waren gefährlich.

Zu Anfang verbreiteten sie Meldungen, wie die, dass in Camagüey die Protestler die Regierung übernommen und die Ordnungskräfte sich ihnen angeschlossen hätten. Das Ganze auch noch einmal mit Santiago. Dann meldeten sie, der stellvertretende Innenminister sei wegen der von der Polizei angewandten Repression zurückgetreten. Dann wurde berichtet, Raúl Castro sei nach Venezuela bzw. Südafrika geflüchtet – das ganze immer von Fotos begleitet. Die kubanische Nachrichtensendung wurde immer länger, um die gesammelten Fake News zu widerlegen. Zumindest wurde den Kubanern deutlich vor Augen geführt, wie dreist die Lügen westlicher Medien sind, denen sie manchmal Glauben schenkten.

Die von den USA und Spanien ausgehenden Kampagnen SOS Matanzas und SOS Kuba Kampagne, wurde von unendlich vielen Leuten geteilt, die sicher keine Ahnung hatten, worum es geht: Dass genau die Leute plötzlich ihre humane Ader für Kuba entdeckt hatten, denen die Blockade, um Kuba die Luft zum Atmen nehmen, nicht eng genug geschnürt sein konnte.

Der berühmte „humanitäre Korridor" wurde gefordert, als ob Kuba keine Hilfe ins Land lassen würde. Das hatten wir ja vor kurzem erst mit Venezuela, mit der gefährlichen Provokation in Cucuta (Kolumbien) und von dem „humanitären Korridor" in Libyen hat sich das Land bis heute nicht erholt.

Dann wurde die humanitäre Intervention gefordert. Dazu war es nötig, erst einmal den Eindruck zu erwecken, dass die Massen sich gegen die Regierung wenden. Da die Demos gegen die Regierung zu schwach besucht waren, griff man auf Bilder von 1. Mai-Demos in Kuba, auf die Jubelfeier nach der Copa America in Buenos Aires und auf Demonstrationen in Ägypten zurück. Bei einem Fernsehinterview mit dem US-Senator Ted Cruz war man sogar so dreist, die Beschriftung der Plakate von einer Demo, deren Bilder im Hintergrund gezeigt wurden, zu löschen. Da stand nämlich „Die Straßen gehören den Revolutionären".

Die einzigen Bilder, die sie von der regierungsfeindlichen Demonstration hätten zeigen können, wären solche der Gewalt gewesen. Die wie-

derum hätten nicht zu der anderen Kampagne gepasst, die alle mit Vehemenz betreiben: Die angebliche Repression gegen „friedliche" Demonstranten. Präsident Joe Biden, der Hohe EU-Kommissar Borrell und ausgerechnet der chilenische Außenminister, die nie etwas zur Polizeigewalt in Kolumbien, zu den Toten und Erblindeten der Demonstrationen in Chile und in Frankreich gesagt haben, sie alle sind jetzt fürchterlich erschüttert über die „Repression" einer Polizei, die weder Tränengas, noch Gummigeschosse noch Wasserwerfer anwendet. Und natürlich hat man wieder Sanktionen ausgesprochen oder angedroht.

Dann kam die Kampagne der angeblich Verschwundenen. „Friedliche" Demonstranten seien unauffindbar oder seien gefoltert worden. Das ist angesichts der vielen Verschwundenen der Operation Condor, zur Zeit der lateinamerikanischen Diktaturen, eine besonders üble Verleumdung.

Danach kamen die „Massengräber", in denen angeblich die vielen COVID-Toten verscharrt würden. Nun ist es wirklich bedauerlich, dass in Kuba zur Zeit täglich an oder mit COVID ca. 60 Menschen sterben, aber 60 Tote in ganz Kuba können unsere Beerdigungsinstitute nun wirklich noch verkraften.

Man muss sich jetzt vorstellen, dass Kuba sich gezwungen glaubt, diese geballten Fake News jeden Abend akribisch genau zu widerlegen. Sie sind nämlich alle sehr gefährlich und entsprechen einem festgelegten Plan zum Sturz der Revolution.

Kuba – Erbe der Menschheit

Von all jenen, die jetzt über sämtliche Agenturen, Medien und soziale Netze ihre Krokodilstränen über die schwierige Lage des kubanischen Volkes vergießen, ist noch keiner auf die Idee gekommen, dass man das ganze Problem mit der Aufhebung der Blockade, ja sogar nur mit der Aufhebung der 243 Trump-Maßnahmen lösen könnte. Beide werden dort geflissentlich verschwiegen. Ganz großzügig hat US-Präsident Biden in der Pressekonferenz, in der er Kuba als einen „gescheiterten Staat" bezeichnete, das einzige angeboten, das wir wirklich nicht brauchen – Impfstoffe. Aber auch die nur über eine internationale Organisation – es muss doch verhindert werden, dass sich die Regierung den ganzen Impfstoff selbst injiziert.

Inmitten dieser gigantischen angeheizten Kuba-Hasskampagne hat sich ein Staatschef mutig hervorgewagt: der mexikanische Präsident Manuel López Obrador.

Er hat dazu aufgerufen, Kuba zum „Erbe der Menschheit" zu erklären, weil es über 60 Jahre dem Imperium Widerstand geleistet hat. Er forderte außerdem die Länder der Welt auf, die jedes Jahr in der UNO gegen die Blockade stimmen, ihren Worten Taten folgen zu lassen und Kuba in dieser schwierigen Zeit zu helfen. Mexiko selbst entsandte zwei Schiffe und auch Flugzeuge mit Lebensmitteln und Medizin nach Kuba. Aus Nicaragua und Bolivien landeten ebenfalls Flugzeuge mit Hilfsgütern. Aus Russland kam eine voll beladene Antonow und aus Vietnam erreichten uns 12.000 Tonnen Reis.

Von europäischen Regierungen erreichte uns – nichts. Oder doch. Am 7. August wurde bekannt, dass die italienische Regierung dem Welternährungsprogramm der UNO 120.000 Euro für Kuba zur Verfügung gestellt hat. Damit sollen 50 Tonnen schwarze Bohnen und Öl gekauft werden, um zur Ernährung von 2.300 Personen beizutragen, die sich in Krankenhäusern in Matanzas und Havanna befinden. Immerhin.

Die Kubaner freuen sich über die Hilfslieferungen. Es ist genau festgelegt, welche Provinz welche Güter bekommt, denn es kann nicht jeder von jedem bekommen. Dazu reicht die Menge nicht aus. Alles wird über die Libreta (den Bezugsschein) ausgegeben, damit sich niemand die Ware ungerechtfertigt aneignen kann und sie wird, da es sich um eine Spende handelt, an die Bevölkerung verschenkt. Der Staat trägt die Transportkosten.

Aber Kuba freut sich natürlich über jede Hilfe, wie klein sie auch sein mag. Es wird immer wieder betont, wie dankbar man den Solidaritätsorganisationen für ihre Unterstützung ist. Selbst in den USA gibt es die nicht unbedeutende Kampagne „Let Cuba Live" mit ganzseitiger Anzeige in der New York Times und Leuchttransparenten mitten in New York.

Aber es muss noch viel mehr getan werden. Der Gegner hat mehr Roboter, mehr Algorithmen. Wir müssen die überzeugenderen Argumente haben. Nicht, dass diese den Gegner überzeugen würden, dem geht es nicht um die Wahrheit, aber wir müssen die Leute gewinnen, die ihm gutgläubig hinterherlaufen.

Im kubanischen Fernsehen kam bereits zweimal der Dokumentarfilm über die Konterrevolution in Nicaragua. Auch in der Granma wurde er uns gezeigt. Darin wird in erschreckender Weise gezeigt, was passiert, wenn diese Leute die Oberhand gewinnen. Selbst der Guerillakrieg wurde nicht mit solcher Brutalität geführt, wie diese Jagd auf alles, was sandinistisch aussah: Grausamste Folterungen – angefeuert von Priestern und legitimiert vom Bischof, eine unbeschreibliche Hexenjagd! Ein unsäglicher Hass, darunter Menschen, die die Welt nicht mehr verstanden. Schließlich die Befreiung, als die Sandinisten endlich wieder die Oberhand gewannen, die Leute lachend unter Tränen sich wieder auf die Straßen trauten in der Hoffnung, dass sich ein solcher Alptraum nicht wiederhole.

Das alles ist auch für Kuba geplant. Dieser Film zeigt, was Konterrevolution bedeutet, zeigt, was passiert, wenn der Hass regiert.

Wir müssen alles tun, um das kubanische Projekt zu verteidigen. Es mag seine Fehler haben, aber es ist, wie Präsident López Obrador richtig sagte, ein Erbe der Menschheit und es ist an der Menschheit, dieses ihr Erbe zu verteidigen.

Renate Fausten

Nachdruck aus CUBA LIBRE mit freundlicher Genehmigung von der Autorin und der Redaktion.
CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr.
Für Abos: info@fgbrdkuba.de
www.fgbrdkuba.de

Die Rente

Rezension

Ein Buch über die Rente muss hierzulande wohl mit dem allgemein verbreiteten und bekannten Slogan des Arbeits- und Sozialminister in allen Kabinetten des Bundeskanzlers Kohl, Norbert Blüm, anfangen: „Die Rente ist sicher!“ Oft als Protest verändert, indem das R der Rente gestrichen und das nachfolgende e großgeschrieben wurde, sagt der Slogan einerseits Richtiges aus und suggeriert andererseits, dass das gegenwärtige Rentensystem das einzig mögliche und richtige ist. Viele beziehen schon Rente, manche werden es bald. Aber Rente, woher sie kommt, welche Funktion sie hat, wie die Rentenversicherung organisiert ist, wie sie finanziert wurde und wird, wie sie auch in Zukunft noch „sicher“ sein kann, was sie finanziert und welche Alternativen es zum bisherigen System gibt, sollte nicht nur Ältere, sondern auch Jüngere interessieren. Klaus Müller hat sich in seinem kurzen Buch mit diesen Fragen und vielen anderen befasst. Zunächst schildert Müller kurz die Alterssicherung im Altertum und Mittelalter und schon hier macht er deutlich, dass es eben nicht nur um ein Leben im nicht erwerbsfähigen Alter geht, sondern um die finanzielle Ermöglichung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, und dass dies viel mit Reichtum und Armut und damit auch mit der Organisation der Gesellschaft zu tun hat. Dass das unter Bismarck eingeführte gesetzliche Rentensystem, das noch heute in seinen Grundzügen v.a. Umlagefinanzierung und „Generationenvertrag“ gültig ist, war der Versuch, das bisherige gesellschaftliche System des Kapitalismus vor der sozialistisch gesonnenen Arbeiter*innenbewegung zu retten und zu stabilisieren. Dass es auch korrumpieren sollte, war gewollt.

Danach stellt er die Organisation unserer Alterssicherung und die gegenwärtige Situation dar und kritisiert, empirisch fundiert, die Grundannahmen der verbreiteten Kritik: Es sinkt seit Jahren die Zahl der Beitragszahler*innen. Steht also der »Generationenvertrag« vor dem Aus? Scheitert die solidarische Umlagefinanzierung? Führt deshalb kein Weg vorbei am Ausbau der privaten Vorsorge für das Alter? Sind auch daher Beitragserhöhungen ohne Alternative? Oder muss die Lebensarbeitszeit verlängert werden, um das deutsche Rentensystem zu retten? Klaus Müller weist nach, dass allen Unkenrufen zum Trotz diese Fragen verneint werden können. Interessant, wie andere ausgewählte kapitalistisch verfasste Länder ihr Rentensystem organisieren und damit besser fahren als die BRD, die in der Frage der Alterssicherung nach Angaben der OECD und entsprechender UN-Organisationen auf einem hinteren Platz liegen, bspw. hinter México, Kolumbien, Vietnam oder Frankreich. Dass auch reichere Länder wie z.B. Saudi-Arabien dieses Los teilen, kann nicht beruhigen.

Dass die meisten im Bundestag vertretenen Parteien, bis auf Die Linke, nur am Rentensystem herumdoktern wollen, ist nicht verwunderlich, ihre dargestellten Rentenpläne sind aber ein guter Verweis darauf, was drohen könnte.

Warum Klaus Müller mit vielen Beispielen aufzeigt, wie Renten zu berechnen sind, erschließt sich nicht ganz, soll doch Basiswissen nicht dazu dienen, „Rentenberechnungsexpert*innen“ auszubilden. Die vielen Seiten hätten genutzt werden können, das Kapitel zu den Alternativen auszuweiten. Das könnte bei einer (wünschenswerten) Neuauflage geschehen, ebenso wie ein Vorziehen des Kapitels. „Ein bisschen gesunder Menschenverstand reicht, um einzusehen, dass die von neoliberalen Ökonomen und arbeitgebernahen Institutionen geforderte kapitalgedeckte Rente keine Alternative sein kann…“ schreibt Müller zu Anfang des Kapitels, um dann ärgerlich und grundsätzlich zu werden: „Die neoliberale Schmalspurökonomie verengt das Problem und tabuisiert Alternativen. Bei ganzheitlicher Analyse, die von den Dogmatikern gemieden wird, ist leicht zu erkennen, dass die sozialen Sicherungssysteme nur vordergründig Interessengegensätze zwischen Jungen und Alten, Kranken und Gesunden, Beschäftigten und Arbeitslosen ausgleichen müssen. Der entscheidende Konflikt ist der zwischen Arm und Reich, zwischen den Besitzende und Besitzlosen. (…) Die Verteilung ist das Spiegelbild der Produktions- und Machtverhältnisse.“ Eine (…) Gretchenfrage ist, wer in welchem Maße und in welcher Weise vom Produktivitätsanstieg partizipiert.“ (…) Es gibt nicht weniger, sondern mehr zu verteilen – und das ist die Krux –, der Zugriff auf das Gesamtprodukt verbessert sich für einige; für andere verschlechtert er sich.“ Ganz zum Schluss widmet sich Klaus Müller der Frage „Hilfe durch Staatsschulden?“ Er fragt: “Muss sich der Staat verschulden?“ Er bleibt nicht bei der flapsig anmutenden Antwort: „Wenn ja, wäre das schlimm?“

Wer sich mit dem Rentensystem und der Rente befassen will, wer Argumente für die Rentendiskussion braucht, kommt um dieses kleine Bändchen nicht herum.

Frank Rehberg

Taschenbuch von Klaus Müller in der Reihe Basiswissen im Papy Rossa Verlag,134 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 9783894387600

Der Spalter

Zuschrift an die Redaktion

Leser*inbrief

Herrn Weselsky und seiner GDL auf den Zahn gefühlt

Zurzeit läuft ein kleiner Warnstreik nach dem anderen bei der DB (Deutsche Bahn). Bei der DB sind 217.028 Personen beschäftigt. Die GDL = Gewerkschaft der Lockführer hat zu einem Warnstreik aufgerufen.

In der GDL sind nach eigenen Angaben 37.000 Mitglieder organisiert. Dabei wird offen gelassen, in welchem arbeitsrechtlichem Status sich die Mitglieder befinden. Darunter werden auch die Pensionäre und auch das hauptamtliche Personal der GDL aufgelistet. Die GDL ist Mitglied im DBB (Deutscher Beamtenbund).

Die starke Gewerkschaft EVG (Eisenbahner Verkehrs Gewerkschaft) hat 190.000 organisierte Mitglieder und ist Mitglied im DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund). Somit ist die EVG die bestimmende gewerkschaftspolitische Kraft im Konzern DB.

Der Beitrag bei der GDL beträgt im Jahr 90,- Euro und es wird eine einmalige Aufnahmegebühr von 15,- Euro erhoben. Bei der EVG wird unabhängig von der jeweiligen Besoldungsgruppe oder Tarifgruppe 1 % vom Monatslohn eingezogen. So wie es bei allen weiteren DGB Gewerkschaften der Fall ist. Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben.

Bei der DB gibt es 14.000 Lokführer. Von denen sind 2.000 im Fernverkehr eingesetzt. 12.000 im Regionalverkehr. 12.000 Beschäftigte sind an Bord der Züge tätig.

Warum ist die EVG die bestimmende gewerkschaftspolitische Macht bei der DB. Am 30.11.2010 hat die Verkehrsgewerkschaft GDBA die bis dahin zum DBB gehörte mit der DGB Gewerkschaft Transnet fusioniert und es entstand die EVG. Somit konnten aus dem Organisationsbereich des DBB Mitglieder für den DGB gewonnen werden. Die Besonderheit war dort, dass es seit August 2005 eine Tarifgemeinschaft von GDBA und Transnet bestand. Die GDL war somit tarifpolitisch isoliert.

Die GDBA hatte am 10. 12. 2009 auf ihrem Gewerkschaftstag beschlossen, aus dem DBB auszutreten und mit der Transnet eine neue Verkehrsgewerkschaft zu gründen, die dann Mitglied im DGB bleiben soll. Bemerkenswert an dieser Auseinandersetzung war, der DBB hatte die Mitglieder der GDBA angeschrieben und ihnen mitgeteilt, sie werden keinen Rechtsschutz erhalten. GDBA stellte gegen den DBB eine Strafanzeige, wegen vertragswidriger Nutzung der GDBA Daten. Das Landgericht Berlin erließ am 20. 12. 2009 eine Einstweilige Verfügung, nach der der DBB sämtliche Schritte rückgängig machen musste. Solch einen Vorgang hatte es bisher bei den deutschen Gewerkschaften noch nie gegeben. In dieser Auseinandersetzung wurde auch die GDL um Solidarität gebeten. Die GDL wies aber die Bitte um Solidarität schroff und scharf zurück. Dabei wurde der GDBA Vorsitzende von der GDL mit Vorwürfen überzogen.

Die GDL treibt pro Jahr 90,- Euro von jedem Mitglied ein. Somit kommt im Jahr – positiv gerechnet – ein Beitrag von rund 3,3 Millionen Euro zusammen. Davon muss das Personal und die Verwaltung unterhalten werden, ebenso die Gebäude der GDL. Diese Kosten kann ich nicht beziffern. Von den Beiträgen wird ein Teil (den ich auch nicht beziffern kann) in den Streikfond der GDL eingezahlt.

Damit liegt es auf der Hand, dass die GDL gewerkschaftspolitisch keinen langfristigen und keinen flächenstreik durchführen kann. Aus diesem Grunde wird die Taktik des Warnstreiks gewählt.

Auch die Streiktaktik ist scharf zu kritisieren. Die Ankündigung der GDL im Vorfeld betrug nur wenige Stunden. Bei einem Streik soll immer die ökonomische Grundlage eines Unternehmens getroffen werden. Dieses ist bei der GDL nicht gegeben, getroffen wird der ahnungslose Bahnreise oder der AN der nach der harten Arbeit einfach nach Hause möchte. Durch solch ein Vorgehen schlägt die Stimmung in der Bevölkerung schnell gegen die Streikenden um.

An dem GDL Streiktag haben tatsächlich 5.400 Lokführer, 72 Stellwerker, 30 Beschäftigte in der Instandhaltung und 18 Servicemitarbeiter teilgenommen. An der gesamten Zahl der Beschäftigten der DB, somit noch weniger als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Es gibt im DB Konzern 300 Betriebe. Warum muss die DB das Tarifeinheitsgesetz anwenden? Die GDL hatte sich geweigert einem unabhängigen Notar ihre jeweiligen Mitgliederlisten zu übergeben. Die EVG hatte mit der Übergabe der Listen keine Bedenken. Einen Disput gibt es in 55 von der EVG und in 16 von GDL jeweils dominierten Betrieben. In diesen Betrieben vertreten sowohl die EVG und die GDL dieselben Beschäftigtengruppen. Aus diesem Grunde muss die DB für klare Verhältnisse sorgen.

Grundsätzlich ist das Tarifeinheitsgesetz aus DGB Sicht zu kritisieren. Dieses bleibt einer anderen Ausarbeitung vorbehalten.

Wer ist dieser Herr Claus Weselsky? Er ist mittlerweile 62 Jahre alt, geboren 18.02.1959 in Dresden. Seinen letzten Zug fuhr er übrigens 1992. Seit 2007 ist er CDU Mitglied. Ab 2002 ist er als Angestellter bei der GDL beschäftigt, zuerst als Tarifsekretär dann Vorsitzender. Bemerkenswert auch, durch einen „internen Pusch“ hat er seinen Vorgänger Manfred Schnell entmachtet. Weselsky hat durch ein Amtsenthebungsverfahren auch seine beiden stellv. Vorsitzenden der Funktion entheben lassen. Es hagelte Verbandsinterne Kritik an Weselsky. Schnell warf ihm öffentlich einen autoritären Führungsstil vor uns legte aus Protest den Ehrenvorsitz der GDL nieder.

Im Jahre 2014 kritisierte Weselsky auf einem Aktionstag der GDL kranke bzw. behinderte Menschen. Es hagelte wieder Kritik. Gemeint war mit seiner Aussage, die Gründung der EVG. Wörtlich sagte Weselsky: „Wenn sich zwei Kranke miteinander ins Bett legen und ein Kind zeugen, da kommt von Beginn an was Behindertes raus.“ Mit dieser Aussage hatte er den damaligen EVG Vorsitzenden Alexander Kirchner persönlich gemeint und auch unter der Gürtellinie getroffen. Kirchner hat einen behinderten Sohn. Es folgte dann von Weselsky eine Entschuldigung.

Auch der GDL Streik im Jahre 2014 lößte nur Kritik aus. Da er kein Verhandlungsgeschick besitzt griff er zum Mittel des Streiks. An dem Streiktag gab es in sieben Bundesländern Herbstferien. Erreicht hat er mit diesem GDL Streik nix. Er wollte weitere Mitglieder für die GDL gewinnen, dieses Ansinnen ging nach hinten los. Ein kleines Schlitzohr ist er dennoch. In der damaligen Auseinandersetzung veröffentliche eine Boulevardzeitung seine (Weselsky) Telefonnum-

mer, damit aufgebrachte Bahnkunden ihn anrufen können. Er leite die Anrufe auf die Rufnummer des damaligen Bahnvorstandes Rüdiger Grube um. Der Deutsche Journalisten-Verband kritisierte die Medien. „Privatpersonen dürfen nicht an den Pranger gestellt werden."

Herr Weselsky hat nachweisbar acht hochdotierte Mandate in Aufsichts- und Verwaltungsräten inne. Das gibt es bei DGB Funktionären auch. Diese müssen die Beträge an die Hans Böckler Stiftung abführen. Bis 2.500 Euro 20 % des Nettobetrages, von 2.500 bis 5.000 Euro 30 %, von 5.000 bis 10.000 Euro 40 % und ab 10.000 Euro 50 % des Nettobetrages. Der DGB veröffentlicht Listen in denen die Kolleginnen und Kollegen aufgeführt sind, die nach der DGB Richtlinie ordnungsgemäß abgeführt haben.

Wie es sich beim DBB und speziell bei der GDL verhält weiß ich nicht. Seine beiden GDL stellv. Vorsitzenden Quitter und Schreiber sind ebenso bei der GDL angestellt und bedeutungslose Marionetten. Die GDL versucht die Belegschaft im DB Konzern zu spalten. Wir hoffen, die Belegschaft merkt es rechtzeitig. Die GDL strebt eine Zerschlagung der DB an, die EVG spricht sich für den Erhalt des DB Konzernes aus.

Im DGB sind ca. 6 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte organisiert. Im DBB sind gerade einmal 1,3 Millionen organisiert. Herr Weselsy ist auch stellv. DBB Vorsitzender, dort aber wegen seines „rüpelhaften" Auftretens und seiner Öffentlichkeitsarbeit nicht gut gelitten. Da haben wir innerhalb des DBB weitere Experten. So der Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Rainer Wendt, der ohne eine Tätigkeit bei der Polizei im aktiven Dienst zu erbringen in das nächste Amt befördert worden ist. Beamtenrechtlich war diese Beförderung nicht zu halten, denn im Beamtenrecht gilt: Leistung, Eignung und Befähigung. Sein CDU Parteibuch hatte bei der Beförderung von Wendt auch nicht geschadet. Ämterpatronage sagt der Volksmund.

Warum erschwert der DBB den Personalräten die aktive Arbeit. In den jeweiligen Novellierungen des LPVG NRW hat sich der DBB immer für das Gruppenprinzip ausgesprochen. Verdi und die Vorgängerorganisation ötv hatte immer die Abschaffung des Gruppenprinzips eingefordert. Warum? In einem Hauptpersonalrat in einem NRW Ministerium besteht der Personalrat aus 15 Köpfen. 14 gehören verdi/ötv an ein Mitglied dem DBB, der oder die Beamtenvertreter. Wurde eine Personalmaßnahme eines Beamten vorgelegt zog der Beamtenvertreter diese an sich und konnte alleine entscheiden. An den andern 14 Personalräten vorbei. Aus Sicht des DGB sollte die Mehrheit im Personalrat entscheiden und nicht eine Einzelperson. Also das gesamte Organ. Weiter fordert der DGB ein modernes Beamtenrecht „alte Zöpfe" abschneiden. Der DBB will alte Pfründe sichern. Zumindest konnten auf Anregung des DGB die Gruppen Arbeiter und Angestellte zu einer Gruppe im LPVG vereint werden.

Warum erteile ich den Spaltern eine klare politische Absage. Der DGB als Einheitsgewerkschaft ist aus den politischen Erfahrungen in den Jahren von 1933-45 entstanden. Die damaligen Richtungsgewerkschaften waren zu schwach und zu zerstritten um den aufkommenden Faschismus zu verhindern. Das war die schmerzliche Lehre derer, die in den KZ für ihre gewerkschaftliche Gundüberzeugung gefoltert und ermordet wurden. Aus diesem Grunde immer für die Einheitsgewerkschaft und keine Spaltung der Arbeitnehmer.

Erteilen wir dem Spalter Claus Weselsky und der von ihm „geführten" Minigewerkschaft GDL eine klare politische und gewerkschaftspolitische Absage.

Tariffragen sind Machtfragen, diese werden von der EVG geregelt.

Ortwin Bickhove-Swiderski
Verdi und VVN-BdA Mitglied

Anzeige

Publikationen des Dialektikvereins

Wissenschaftliche Werke von Bodo Gaßmann

Die metaphysischen und ontologischen Grundlagen des menschlichen Denkens. Resultate der kritischen Philosophie, Garbsen 2012. ISBN 978-3-929245-05-9 (560 S.; Paperback; geb.; 24,- €)

Ethik des Widerstandes. Abriß einer materialistischen Moralphilosophie. Garbsen 2001. ISBN 978-3-929345-04-2. (240 S.; Paperb.; geb.; Sachreg.; 15,- €)

Kritik der Wertphilosophie und ihrer ideologischen Funktion Über die Selbstzerstörung der bürgerlichen Vernunft, Garbsen 2014. ISBN 978-3-929245-08-0 (320 S.; Paperback; geb.; Personen- u. Sachregister; 19,50 €)

Ethik als praktische Philosophie der Veränderung. Erster Teil: Die systematische Argumentation, Garbsen 2018. (2 Bde.) ISBN 978-3-929245-13-4 (758 S.; Paperback; geb.; Sachregister; 30,00 €)

Autonomie oder Heteronomie? Zur Ethik als praktische Philosophie der Veränderung. Mit einer Rezension von Arno Kaiser, Garbsen 2019. ISBN 978-3-929245-14-1 (276 S.; Paperback; geb.; Pers. u. Sachregister; 16 €)

Zur Geschichte der bürgerlichen Moralphilosophie. Zweiter Teil der „Ethik als praktische Philosophie der Veränderung", Garbsen 2019. ISBN 978-3-929245-15-8 (428 S.; Paperback; geb.; Personen- u. Sachregister; 23,- €)

Kritische Anmerkungen zu Hannah Arendt. Phänomenologische Pseudokonkretheit und ethischer Nihilismus, Garbsen 2020. (ISBN 978-3-929245-16-5) (52 S.; Paperback; 7,00 €)

Lehrschriften von Bodo Gaßmann

Was heißt Philosophie? Eine Einführung, Garbsen 1992. ISBN 978-3-929245-01-1 (112 S.; Paperback; A 5; 9 Abb.; Sachregister; 5,- €)

Ökonomie Eine populäre Einführung in die "Kritik der politischen Ökonomie". 2. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Garbsen 1993. ISBN 978-3-929245-00-4 (136 S.; Paperback; Sachreg.; 7,50 €)

Logik. Kleines Lehrbuch des menschlichen Denkens. Begriff, Urteil, Schluß und von der wissenschaftlichen Methode, Garbsen 1994. ISBN 978-3-929245-03-5 (302 S.; Paperback; geb.; Personen- u. Sachregister; 17,50 €)

Arno Kaiser:

Fieber. Ein politischer Roman über Hoffnung, Widerstand und Verfolgung in der DDR im Zeitalter der Revolte 1968, Garbsen 2014. ISBN 978-3-929245-11-0 (367 S.; Hardcover, geb., 24,00 €)

Bezug über: www.erinnyen.com / buecher@erinnyen.de

Anzeigen

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus

Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,– €

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?

Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst

Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,– €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

Schwerpunkt 4/2021: Bundeswehr

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.
Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

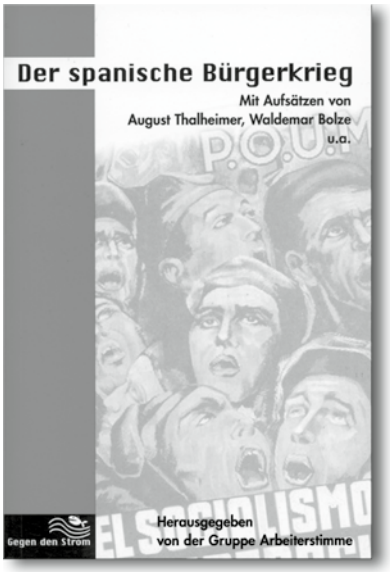
Erhältlich auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Oppostion eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	**Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (**z.Z. leider nicht Lieferbar)**	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weiße Flecken, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer), (**z.Z. leider nicht Lieferbar)**	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland, Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Arbeiterstimme, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin„ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,– €
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern"

Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurdenvon den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,– Euro
ISBN 3-9809970-4-9

Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen

Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,– **€**.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org